

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Verkaufen und Verteilung: Drag II., Refikjanfa 15 • Leipzig: 20793, 31469 • (Nachdruckverbot): 20797 • Postfachamt: 37344

11. Jahrgang.

Freitag, 20. November 1931

Nr. 270.

Republikaner werden vom Arbeitsplatz vertrieben. Naziterror in Entin.

Berlin, 19. November. (Eigenbericht.) In der oldenburgischen Stadt Entin, wo der Terror der Falentkrenzler wütet, sollen auf Befehl Hitlers alle Arbeiter und Angestellten entlassen werden, die nicht zum Faschismus übertraten. Das ist auch schon einem Reichsbannermann geschehen, welcher 16 Jahre in den städtischen Wasserwerken angestellt war, einem zweiten, der 25 Jahre bei ein und derselben Firma beschäftigt war, und einem Mitglied des Jungbanners, welches nicht für einen Lohn von sechs anstatt wie bisher zehn Mark arbeiten wollte. Er wurde durch einen Hitlerjungen erschlagen.

Groeners wahres Gesicht. Klages enthüllt.

Berlin, 19. November. (Eigenbericht.) Die Konferenz aller deutschen Minister, welche am letzten Dienstag stattfand, sollte, wie gewöhnlich, streng vertraulich sein. Trotzdem machte der braunschweigische Innenminister Klages über die Verhandlungen Mitteilungen an Hitler. Darin wird gesagt, daß die Schlusssätze im offiziellen Kommuniqué, daß die einheitliche Meinung dahin ging, daß jeder Terror unterdrückt werden müsse, erst in der Reichskanzlei ausgedrückt wurden, während der Reichsinnenminister Groener selbst sich ganz eindeutig nur gegen die Linke gewendet habe. Die Neuherstellung des Reichsinnenministers zu dieser Darstellung steht bis zu diesem Augenblicke noch aus, obwohl seit der Veröffentlichung schon viele Stunden vergangen sind.

Englische Zollzuschläge angenommen.

London, 19. November. Das Unterhaus hat gestern das Gesetz über die Einfuhrbeschränkungen in zweiter Lesung mit 376 gegen 47 Stimmen der Arbeiterpartei angenommen.

In der vorausgegangenen Unterhausdebatte hatte Handelsminister Runciman erklärt, die Geltungsdauer des Gesetzes werde auf sechs Monate beschränkt sein und innerhalb der gleichen Frist werde auch die Geltungsdauer aller auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Regierungsverordnungen zu Ende gehen. Das neue Gesetz werde die von Großbritannien mit anderen Staaten abgeschlossenen Handelsverträge in keiner Weise tangieren. Großbritannien fordere jedoch die gleiche Freiheit für sein historisches System für sich, die sich auch die anderen Staaten stets zu wahren wüßten. Die Vollmachten, welche die Regierung für sich verlange, würden nicht mißbraucht werden, denn die Regierung sei sich der Interessen des britischen Handels ebenso gut bewußt wie die Opposition.

Osterreichs Devisenknappheit.

Neue Verschärfung der Devisenverordnung.

Wien, 19. November. Die neue Devisenverordnung dehnt die Devisenbeschränkung auf Rohgold und Goldmünzen aus und bestimmt ferner, daß im Falle der Kupons österreichischer Anleihen, die auf fremde Währungen lauten, nunmehr in österreichischen Schillingen lauten, nunmehr in österreichischen Schillingen zum amtlichen Kurs an die österreichische Nationalbank ausbezahlt werden. Die Ausfuhr derartiger Kupons aus Österreich wird verboten. Es wird auch verfügt, daß alle auf ausländische Währungen lautenden Guthaben anmeldungspflichtig sind. Die von der Leitung der österreichischen Nationalbank und den ausländischen Banken angelegte Anmeldungs- und Abfertigungspflicht für ausländische Aktien und Anleihen wurde in die neue Devisenverordnung nicht aufgenommen. Auch die Beantragung einer Anmeldepflicht für Gold ist unterlassen.

Wien, 19. November. Die ungarischen Exporteure haben die Fernausfuhr nach Österreich eingestellt und wollen bei dieser Einstellung so lange verbleiben. Es die österreichische Nationalbank ihnen den Erlös von 14 Millionen Schillingen und Schillingen, den die Käufer eingezahlt haben, überweist.

Im Zeichen des Kelloggspakts:

Eine regelrechte Schlacht in der Mandschurei.

Verluste nach Tausenden. — Die Komödie der Pariser Verhandlungen. — Der Völkerbund

Es scheint, daß der einzige Unterschied zwischen der Vorkriegszeit und der durch Wilson und die Pariser Verträge veredelten Nachkriegszeit der ist, daß man damals die Dinge beim rechten Namen genannt hat. Heute wird in der Mandschurei ein regelrechter Krieg geführt, aber in Paris wird noch immer über die „Erhaltung des Friedens“ debattiert. Japan hat, wie man nun erfährt, bei der Besetzung von Tientsin die Methoden modernster Kriegsführung angewandt. Mit Tanks und Bombengeschwadern ist man nach artilleristischer Feinverbreitung gegen die Chinesen vorgegangen, die 1000 Tote verloren haben und nur durch schleunigen Rückzug größere Verluste vermeiden konnten. Das hat man also bis 1918 schlicht, aber treffend „Krieg“ genannt. Heute aber scheint das zu den diplomatischen Aktionen zu zählen, hat doch Herr Briand vor kurzem erklärt, daß es einen Krieg nicht geben könne, weil er unmoralisch sei. Die Unterschrift des Kelloggspaktes verbürgt, scheint es, nichts als die Unterlassung einer Kriegserklärung. Man beginnt einfach, sich mitten im sogenannten „Frieden“ abzuschlachten.

Dabei stellt Japan jetzt in Paris Forderungen, die nach allem Geschehenen nur wie ein grimmiger Hohn auf den Völkerbund wirken können. Es schlägt ungefähr vor, daß die Chinesen, statt daß ihnen ihr Recht wird, die Mandschurei anstreifen sollen und daß eine Kommission des Völkerbundes in der (besetzten) Mandschurei für Frieden und Ruhe sorgen solle. Die französischen Blätter, die so verblendet sind, die Gefahren nicht zu sehen, die dem Völkerbund und damit auch Frankreich drohen, bezeichnen das noch als die „goldene Brücke“ für die Herren, die am Quai d'Orsay die Komödie weiter spielen, indes in China lustig geschlachtet wird.

Denn der Völkerbund hat sich jetzt noch mit Anstand aus der Affäre ziehen wollte, so müßte er schließlich alle Verhandlungen abbrechen und die Hände von Dingen lassen, die wie erschütternd außerhalb seiner Machtphäre liegen. Jedes andere Vorgehen wird den Völker-

bund nicht nur als lächerlich ohnmächtige Einrichtung, sondern als ein Werkzeug der Stärkeren zeigen. Wenn der Völkerbund nur dazu da ist, das Unrecht zu sanktionieren, das irgendein bewaffneter Staat angerichtet hat, dann ist sein Bestand in Frage gestellt, dann kann er nicht erwarten, daß die besiegten und entwaffneten Nationen die Komödie noch länger mitmachen!

Tokio, 19. November. Nach Mitteilungen des japanischen Kriegsministeriums hatten die Chinesen Dienstag nachmittags eine großangelegte Offensive vorbereitet. Der gestrige japanische Angriff sei somit nur eine Verteidigung (1) dagegen gewesen. Der japanische General Bonjich habe zwar Weisung gehabt, keine Offensive zu unternehmen, aber die chinesischen Angriffe von Dienstag hätten ihm Gelegenheit geboten, zu zeigen, daß der Angriff die beste Verteidigung sei.

Mit der Auflösung der Streitkräfte des Generals Ma und der Besetzung von Tientsin sei die letzte organisierte Autorität in der Mandschurei, die Tschangshueiung gegenüber loyal geblieben sei, verschwunden.

Über den gestrigen Kampf wird noch berichtet, daß die Japaner um 5 Uhr früh mit 5000 Mann aller Waffengattungen — Infanterie, Kavallerie, Tanks, schwere Bombenflugzeuge und Panzerzüge — angriffen und die Front der Chinesen durchbrochen, die auf dem Rückzuge hartnäckigen Widerstand leisteten. Ein Gegenangriff vor Tsangschü verzögerte das japanische Vordringen. Der Konflikt ist jetzt zugestiegen. Chinesen wie Japaner leiden schwer unter der bitteren Kälte.

Kreuzer meldet aus Wukden: Kurz nach Sonnenaufgang eröffnete die japanische Artillerie das Feuer. Die Japaner standen einer fünffachen Übermacht gegenüber, waren aber in der Feldartillerie und in der Luftwaffe dem Gegner überlegen, während die Chinesen über den Vorteil starker Kavalleriemassen verfügten.

Eine weitere Verschärfung.

Paris, 19. November. Die Besprechungen wegen einer weiteren Verschärfung im chinesisch-japanischen Konflikt sind heute abends Wirklichkeit geworden. Der japanische Delegierte überreichte nämlich am Abend dem Ratpräsidenten Briand eine Note, die davon zeugt, daß Japan mehr denn je verschüchelten Gedanken ferne steht.

Zu der Note, die erst in ihren groben Umrissen bekannt ist, erklärt Japan, es werde die Mandschurei nicht früher räumen als bis China die fünf japanischen Hauptforderungen vertraglich anerkenn und solange China nicht ohne jede Vermittlung direkt mit Japan einen Vertrag abschließt, der die Gültigkeit der bestehenden Verträge betätigen würde. Auch für den Fall, daß die Sicherheit des Eigentums und des Lebens der japanischen Staatsangehörigen in der Mandschurei gefährdet schienen, würde Japan auf der militärischen Besetzung bestehen, und zwar deshalb, weil nach der in Tokio herrschenden Ansicht die Kantinger Regierung getrennt die Weisungen der Kuomintang, eines im Prinzip japanfeindlichen Organes, durchführt. Außerdem ist nach Überzeugung der japanischen Regierung die Kanting-Regierung nicht in der Lage, Garantien für das jetzt von japanischen Truppen besetzte Gebiet zu geben. In keinem Falle kann sich die japanische Regierung mit der Erklärung zufrieden geben, welche der chinesische Delegierte Dr. Sze in Angelegenheit der Respektierung der Verträge am 14. Oktober abgegeben hat, und zwar weil diese Erklärung Japan keine Garantien bietet. Auch kann die japanische Regierung auf die in den letzten Tagen von einigen Ratmitgliedern gemachten Vorschläge nicht eingehen, wonach ein neues Programm für die chinesisch-japanischen Verhandlungen ausgearbeitet werden sollte, mit deren Eröffnung der Beginn des Rückganges der japanischen Truppen zusammenhängen sollte.

Wegen dieses Standpunktes der japanischen Regierung gewinnt unter den einzelnen Mitgliedern des Völkerbundes die Ansicht an Boden, daß, wenn die jetzigen ausschließlich auf Grund des Artikels 2 des Völkerbundespaktes geführten Verhandlungen nicht zum Ziel führen, im Sinne der Forderung Chinas zur Anwendung der Artikel 15 und 16 wird geschritten werden müssen, welches von Sanktionen sprechen und keine einmütige Entscheidung des Rats erfordern.

Der chinesische Delegierte Dr. Sze überreichte heute dem Ratpräsidenten Briand gleichfalls eine Note, in der die unverzügliche Einberufung einer öffentlichen Ratssitzung verlangt wird. Bei dieser Gelegenheit deutete der chinesische Delegierte an, er werde in der öffentlichen Ratssitzung erklären, daß die Großmächte nicht den Mut haben, die Bestimmungen des Völkerbundespaktes durchzuführen.

Paris, 19. November. Das Völkerbundsekretariat veröffentlicht einen Brief des chinesischen Delegierten Dr. Sze, der unter Hinweis auf die Beschlüsse des vierten nationalen Kongresses der Kuomintang nochmals betont, für die chinesische Regierung sei es unmöglich, eine Regelung anzunehmen, die direkte Verhandlungen unter dem Druck der japanischen militärischen Besetzung umfasse. Wenn der Völkerbundrat erklären sollte, daß er auf Grund des Artikels 11 nicht mehr tun könne, würde die chinesische Delegation nicht zögern, sich sofort auf andere Artikel des Völkerbundespaktes zu berufen. Es handele sich um eine Frage auf Leben und Tod für die chinesische Regierung, deren politische Existenz an eine Pflanz des Vertrauens zum Völkerbund gebunden sei.

Die Arbeitenden für die Arbeitslosen!

Wir stehen unmittelbar vor dem dritten Krisenwinter. Zweimal haben die von der Arbeitslosigkeit betroffenen, gequälten, hungernden, frierenden Menschen gehofft, der nächste Winter werde mehr Arbeit geben, man werde sich jenes dünne Stück Brot verdienen können, auf das der Arbeiter in der bürgerlichen Gesellschaft beschränkt ist. Zweimal haben die Hoffnungen auf eine Besserung der Konjunktur der kapitalistischen Weltwirtschaft getrogen, wieder gibt es in diesem Winter bei uns Hunderttausende, in der übrigen Welt Millionen von Menschen, die den nächsten Monaten nur mit Grauen entgegensehen können.

Seitdem es eine Sozialdemokratie, seitdem es einen wissenschaftlichen Sozialismus gibt, hat die Arbeiterklasse erkannt, daß die Ursachen der periodischen Krisen, der Unsicherheit der proletarischen Existenz, der in der Krise gehäuften Not und Verzweiflung des Proletariats in der ganzen Konstitution des kapitalistischen Systems liegen. Gerade aus dieser Überzeugung stammt unsere Beharrlichkeit, die zähe Leidenschaft, mit der wir eine fluchbeladene Gesellschaft bekämpfen, welche die Menschen kein menschenwürdiges Dasein führen läßt. Nicht irgendwelche Reformen der kapitalistischen Wirtschaft, sondern nur der Sturz des Kapitalismus, die Beseitigung der Bourgeoisie als der herrschenden Klasse dieser elenden Zeit, in der unsere Generation zu leben verurteilt ist, kann die Tore öffnen, durch die neues Leben in eine verfallende Welt einströmen wird. Der Kampf gegen die Krise muß ein Kampf um den Sozialismus sein.

Aber dieser Kampf ist schwierig, langwierig, opfervoll und wann das Weltproletariat an die Macht kommen wird — wir können es nicht voraussagen. Daraus erwächst uns die heilige Pflicht, für die unschuldigen Opfer der Krise zu sorgen, die Menschen am Leben zu erhalten, sie vor dem moralischen, seelischen und leiblichen Untergang zu retten. Das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Parteien in der Regierung. Aus den Ausführungen des Fürsorgeministers im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses ist das mit aller Deutlichkeit hervorgegangen und es gibt keinen unvoreingenommenen Menschen in diesem Lande, der nicht den Eindruck hätte, daß die deutsche Sozialdemokratie und ihr Vertreter in der Regierung eine der stärksten Kräfte ist, welche die Staatspolitik in dieser Richtung beeinflusst. Trotz den Schwierigkeiten in den Staatsfinanzen, wie sie als naturnotwendige Folge der Krise in allen Ländern — Sowjetrußland ebenso wenig ausgenommen wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika — aufgetreten sind, ist die innerhalb der Krise erhöhte Fürsorge für die Arbeitslosen gesichert und im Budget, das gerade jetzt im Plenum des Abgeordnetenhauses zur Beratung gelangen wird, ist ein Kredit von 300 Millionen vorgegeben, der in Anspruch genommen wird, wenn mit der im Voranschlag vorgegebenen Summe nicht das Auslangen gefunden werden wird. Man denke ferner an alle jene Einrichtungen, die der jetzige Fürsorgeminister begründet hat, wie an die Lebensmittelaktion, die produktive Arbeitslosenfürsorge und anderes mehr und wird daraus entnehmen, daß die Sozialdemokratie mit aller Kraft bemüht ist, den bürgerlichen Parteien, mit denen sie in der Koalition ist, das abzurufen, was notwendig ist, um die Arbeitslosen vor dem Abgrunde zu schützen.

Aber jeder Einzelne muß sich angesichts der katastrophalen Lage Tausender von Menschen dessen bewußt werden, daß jeder, der noch Arbeit, jeder, der ein festes Einkommen hat, jetzt zeigen muß, daß ihm die Solidarität, diese höchste proletarische Tugend, kein

Hoover hat bloß zugehört.

Paris, 19. November. Zu der gestrigen Unterredung des italienischen Außenministers Grandi mit dem Präsidenten Hoover teilt der Washingtoner Berichterstatter des „Petit Parisien“ mit, daß sich Grandi bemühte, den italienischen Standpunkt in den beiden grundlegenden aktuellen Problemen, Abrüstung und Kriegsschulden, so günstig als möglich darzulegen. Der Berichterstatter erzählt, daß sich Präsident Hoover ebenso wie Staatssekretär Stimson hauptsächlich auf das Zuhören beschränkten, daß aber keineswegs ein gemeinsames Aktionsprogramm in Betracht gezogen worden sei.

Neue Schandurteile des faschistischen Ausnahmegerichtes.

Rom, 19. November. Der Sondergerichtshof für die Verteidigung des Staates hat eine Gruppe von Triester Antifaschisten zu Strafen von einem bis zu sechs Jahren verurteilt.

leerer Bahn und daß er entschlossen ist, praktisch Solidarität zu üben. Unsere Arbeiterfürsorge hat sich gemeinsam mit unserer Partei, mit den Gewerkschaften und Genossenschaften, mit den proletarischen Kulturorganisationen an die Spitze einer Aktion gestellt, die den Zweck hat, der staatlichen Arbeitslosenfürsorge noch eine private, aus proletarischer Solidarität erwachsene Fürsorge für die Krisenopfer hinzuzufügen und so menschliches Leid zu mildern. „Hilf den proletarischen Brüdern und Schwestern!“ so tönt es uns aus dem Aufruf entgegen. Wenn die kapitalistischen Kreise freiwillig nichts zur Linderung der Arbeitslosigkeit tun — der Staat wird sie durch einen Krisenzuschlag zur Einkommensteuer zu einer gesetzlichen Leistung zwingen — innerhalb des Proletariats selbst wird der Ruf der proletarischen Organisationen nicht ungehört verhallen. Wir haben im Vorjahre die Schilderung einer Reise durch das sudetendeutsche Grenzgebiet veröffentlicht, in der der sozialdemokratische Berichterstatter davon erzählte, wie der Arbeitslose, der noch ein paar Kartoffeln im Keller hat, seinem Schicksalsgenossen, der nicht einmal mehr das hat, aushilft. Um so mehr muß derjenige, der noch Arbeit hat, beifahren zur Linderung der Not des Arbeitslosen und seiner Familie. „Wer noch in Arbeit steht, wer nicht von Arbeitslosigkeit bedroht ist, gebe denen, die von der Krise zermalmt zu werden drohen!“ Jeder Angehörige unserer Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften und Kulturorganisationen, der Arbeit und Verdienst hat, zeige, daß es ihm ernst damit ist, seinem proletarischen Mitmenschen zu helfen.

Die Arbeitenden für die Arbeitslosen! Von diesem Gedanken möge sich jeder von uns leiten lassen, von diesem Grundsatz ist auch die Politik unserer Partei geleitet. Von den Maßnahmen der Gesetzgebung werden in erster Linie die wirtschaftlich Stärkeren getroffen werden. Sie müssen die Hauptopfer tragen, welche die Sorge um die Arbeitslosen notwendig machen. Daneben muß jeder, der ein festes Einkommen hat, sein Scherflein beitragen. Er möge es tun, im Interesse des wirtschaftlich Allerschwächsten: des Arbeitslosen.

Japan's Verschleppungstaktik.

Tokio, 19. November. Das japanische Außenministerium teilt mit, daß die japanischen Vertreter in Paris auf ihre eigene Verantwortung hin, wenn auch im Einvernehmen mit ihrer Regierung, dem Völkerbundrat neue Kompromißvorschläge unterbreiten.

Es wird vorgeschlagen, die jetzigen Pariser Verhandlungen zu vertagen und eine Entscheidung aufzuschieben, bis der Völkerbundrat die Frage durch Entsendung einer Kommission nach der Mandchurei und nach China untersucht hat.

Die Regierung habe auch nichts dagegen, daß eine solche Prüfung der Lage stattfindet, bevor China die fünf Hauptpunkte Japans angenommen habe.

Paris, 19. November. Mit Rücksicht auf die neuerliche Verschleppung der Lage in der Mandchurei beschäftigte sich heute der Völkerbundrat in einer vertraulichen Sitzung neuerlich mit dem Plan der Entsendung einer Untersuchungskommission nach dem Konfliktort. Der Untersuchungsanspruch hätte freilich eine streng abgegrenzte und gegenüber den früheren Vorschlägen bedeutend geänderte Aufgabe: Er hätte einfach festzustellen, ob China im Stande ist, die Sicherheit der japanischen Interessen in der Mandchurei zu gewährleisten. Trotzdem dieser Vorschlag für Japan annehmbar zu sein scheint, ist die Lage bisher nicht im mindesten geklärt. Die japanische Delegation zögert noch immer, die vom Rat schon seit einigen Tagen verlangten genauen Informationen zu geben.

Man erwartet, daß für Freitag eine öffentliche Resolution einberufen werden wird. Sollte bis dahin kein merklicher Fortschritt erzielt worden sein, will der Rat bei dieser Gelegenheit die öffentliche Meinung der Welt auf den tatsächlichen Stand der Verhandlungen und die gefährliche Lage in der Mandchurei aufmerksam machen.

Paris, 19. November. In der heute Vormittag abgehaltenen nicht öffentlichen Sitzung der Völkerbundratsmitglieder wurde u. a. die Frage eines Waffenstillstandes und die Frage der Entsendung einer Untersuchungskommission erörtert. Da Artikel 11 der Völkerbundsatzung immer noch die Verhandlungsgrundlage bildet, so würde die Entsendung einer Untersuchungskommission nur möglich sein, wenn die Initiative dazu von japanischer Seite ergriffen würde. Man hofft, daß die japanischen Delegierten sich einer derartigen Möglichkeit nicht verschließen werden.

Rußland soll neutral bleiben.

Tokio, 19. November. (Neuer.) Die japanische Regierung hat ihren Botschafter in Moskau ersucht, den Volkskommissar Litwinow auf die Gefahr erster Komplikationen aufmerksam zu machen, die eintreten könnten, falls Sowjetrußland Militärabteilungen nach der Nordmandchurei entsenden würde.

Gleichzeitig wurde der Botschafter beauftragt, Litwinow zu versichern, daß an der Ostchinesischen Bahn kein Schaden verursacht werden wird.

Ein amtliches Telegramm meldet, daß der ehemalige Mantschu-Kaiser in Tientsin ist.

Die japanischen Militärbehörden erklärten, daß sie in keiner Weise die russischen Interessen beeinträchtigen werden, wenn es auch möglich sei, daß die Schwungkraft der japanischen Aktion die japanischen Streitkräfte zeitweilig bis über die Eisenbahnlinie hinaus führen werde.

In ihrer Antwort auf die Note der Sowjetregierung erklärt die japanische Regierung, Japan hoffe, daß die Sowjetunion eine ebenso peinlich neutrale Haltung einnehmen werde, wie sie Japan während des chinesischn-russischen Konfliktes eingenommen habe. Es wache darüber, daß den russischen Interessen kein Abbruch getan werde, und schlage vor, daß Rußland eine freundschaftliche Erklärung abgebe, wornach es den Chinesen keine Waffen- und

Munition liefere. Die Ostchinesische Eisenbahn, die sich an der Beförderung chinesischer Truppen nach Tschifur und Anganschi beteiligt habe, müsse sich mit den Chinesen in der Verantwortung teilen, wenn es zu einem ernsthaften Kampfe zwischen Chinesen und Japanern komme.

Die japanische Antwort ist vor dem letzten Zusammenstoß zwischen chinesischen und japanischen Truppen abgefaßt und erst gestern abgefaßt worden.

Aufschub der Steuererleichterungen in Oesterreich.

Wien, 19. November. Der Ministerrat hat gestern beschlossen, im Hinblick auf die Wirtschaftskrise zahlreiche Erleichterungen bei den Steuererleichterungen zu gewähren. Die Steuerbehörden werden angewiesen, in Notfällen rückständige Realsteuern für drei Monate zu sünden. Auch für die kleinen Gewerbetreibenden werden ähnliche Zahlungserleichterungen ermöglicht werden. Die Steuerbehörden werden angewiesen, mit Steuererleichterungen gegenüber ruhelosen Bauern und Gewerbetreibenden einzuhalten.

Außerdem beabsichtigt die Bundesregierung in der allerersten Zeit eine Verordnung zu publizieren, wodurch die Gebührensätze der Rechts-

anwalts- und Notariatstarife um 15 bis 20 Prozent herabgesetzt werden.

Ungarn hat noch Kredit.

Budapest, 18. November. Die Verhandlungen, die der Präsident der Geldinstitutszentrale Baron Koranyi im Interesse der Erneuerung der im November des Vorjahres aufgenommenen Wechselanleihe des Kears im Werte von 1.620.000 Pfund Sterling, 12,5 Millionen Schweizer Franken und 5 Millionen Dollars im Auftrage der ungarischen Regierung gepflogen hat, sind mit Erfolg beendet worden. Die Anleihe wurde zu den alten Bedingungen auf drei Monate verlängert.

Soziales und politisches Gland in Bulgarien.

Am 9. Juni 1923 stürzte in Sofia ein Gruppe ehgeiziger und machtgieriger bürgerlicher Politiker, gestützt auf die Reserveoffiziersliga und die „Makedonierenden“, mit blutiger Gewalt das Regime der Bauernpartei Stambulists. Seitdem war die „Demokratische Vereinigung“ am Ruder, deren Name schon den Lasten hohen sprach: Ihre Regierung umschloß das Gegenteil von Demokratie, nämlich den parlamentarisch-verlarteten Faschismus, den latenten Bürgerkrieg, die schonungslose Ausrottung der Bauernpartei und Kommunisten, Gewalttat auch gegen die Sozialdemokratie und hinter den Kulissen die Diktatur der „unverantwortlichen Faktoren“, auf gut Deutsch: der Makedonierkomitees, deren schmer bewaffnete Banden den Umsturz des 9. Juni ins Werk gesetzt hatten. Aber am 21. Juni 1931 brachte der Tag der Sobranjewahlen ein regelrechtes Wunder: fast zum ersten und einzigen Mal in der Geschichte Bulgariens schlugen über einer Regierung, die die Wahlen „machte“, und zwar mit allen Rügen balkanischer Korruption und allen Tücken balkanischen Terrors „machte“, die Wogen des Volkszorns zusammen. Von insgesamt abgegebenen 1,2 Millionen Stimmen entfielen auf die „Demokratische Vereinigung“ 417.000, auf den Oppositionsblock 590.000; von den 274 Kammermandaten erhielt damit jene nur 79, dieser 150!

Das sah schon wie eine große geschichtliche Wende aus. Durch das Land ging ein Aufatmen, und auch bei den Nachbarn meldete sich Zuversicht zu Wort: Der 21. Juni wird den 9. Juni restlos liquidieren! Wie weggeklaut waren die Diktaturpläne, die bis in die Umgebung des Thrones Anhänger warben, und mit Rücktritt des verhassten Ministeriums Djaptschew und Bildung des Kabinetts Malinow geschah das Selbstverständliche. Der Sieger in der Wahltschlacht, der sogenannte „Volksblock“, übernahm die Regierung; seine Parteien verteilten die Portefeuilles so unter sich, daß die Demokraten und Bauernpartei je drei, die Nationalliberalen zwei und die Radikalen eins erhielten.

Heute ist die neue Regierung, von der Ausland und Rußland so viel erwarteten, vier Monate am Ruder, aber ach! mit den Wägern von den Bäumen sind auch die Hoffnungen gefallen. Freilich war die Wirtschaft- und Finanzlage Bulgariens, als der Demokrat Malinow an die Spitze des Kabinetts trat, verzweifelter als verzweifelt. Die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung, das Kleinbauernrum, ist durch den jähen Sturz der Getreidepreise der Vernichtung nah. Beitrag der Weizenpreis für den Doppelentner im Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1929 650 Lewa, so sank er Ende 1930 auf 240 und heute unter 200 Lewa; das sagt alles. Mit der schmach entwickelten Industrie steht es nicht besser: das kleine Land zählt über 100.000 Arbeitslose. Tagtäglich wachsende Leere in den Staatskassen. Es ist kein Souler Wis, daß die Regierung Malinow bei ihrem Amtsantritt einen Parbestand von 13.285 Lewa, also ungefähr 375 Mark, vorfand; die auswärtigen Schulden Bulgariens haben die erschreckende Höhe von 2,6 Milliarden Lewa erreicht, und im Staatsbudget dieses Jahres laßt ein Defizit von etwa anderthalb Milliarden. Auf der letzten Völkerbundtagung in Genf hat Malinow nichts durchgesetzt, was einer finanziellen Erleichterung ähnlich wäre; im Gegenteil weigert sich Arben, weil

Dr. Tolpe's Rache.

Roman von A. Aitschul.

Warum dachte sie nur jetzt daran? War sie vielleicht eifersüchtig auf jene Frau? Sie wußte ja gar nicht, ob er verheiratet wäre.

Ob Jenny ihn vergessen hat? Wie lächerlich war diese Frage. Nein, im Gegenteil, sie hatte sogar oft und sehr viel an ihn gedacht.

Früher, als sie ihn beinahe täglich gesehen hatte, war es ihr gar nicht zu Bewußtsein gekommen. Erst als er fort war, erkannte sie, wie sehr er ihr fehlte.

Sollte ihr sein Besuch nicht unangenehm sein, so soll sie ihm eine Nachricht zukommen lassen. Wird sie ihm schreiben? Sie fragt sich. Wie kann sie nur daran zweifeln?

Wie leicht hätte es geschienen können, daß sie nicht geschrieben hätte. Der Briefträger hätte nur um zehn Minuten später kommen müssen und sie hätte den Brief erst nach ihrer Rückkehr vorgefunden. Und die Folge davon? Kurt wäre ohne Antwort geblieben, hätte sich die Antwort selbst gebildet und wäre vielleicht wieder abgereist. Diesmal für immer.

Aber wie konnte sie nur so denken? Was bedeutete sie ihm denn heute noch? Nun ja, sie waren befreundet gewesen, sie haben einander ganz gut verstanden, aber heute, nach so langer Zeit? Nein, er würde ja gar nicht verreisen, er würde hiebleiben, wie wenn gar nichts vorgefallen wäre. Was lag ihm denn daran, wenn sie nicht antwortete?

Und insgeheim wünschte sie sich, daß er weggefahren wäre.

Aber das kam ja jetzt gar nicht in Betracht. Der Briefträger war zur Zeit gekommen, sie hatte den Brief rechtzeitig erhalten und jetzt wird sie ihm antworten.

Jenny nahm Schreibpapier aus der Hand-

tasche und schrieb. Sie berichtete Kurt, wie sie durch einen glücklichen Zufall seinen Brief im letzten Moment bekommen hatte, sie schrieb ihm von dem Eisenbahnunfall, von Ernas Verlegung und daß Erna jetzt von der Schule Urlaub genommen hätte und sie mit ihr nach Italien fahre. Das Kind hätte nach dem überstandenen Schrecken und nach dem starken Blutverlust eine Erholung so dringend notwendig. Dann fügte sie ihre Adresse in Abozzia hinzu.

Nachdem sie das Rouvert geschlossen, adressiert und frankiert hatte, übergab sie den Brief mit einem reichlichen Trinkgeld dem Schaffner, damit er ihn in der nächsten Station nur bestimmt in den Briefkasten werfe.

Allmählich wurde die Strecke interessanter. Es kam Wald, viel Wald. Erna schaute wieder zum Fenster hinaus. Der Zug fuhr längs einer alten, verfallenen Eisenbahnstrecke. Erna interessierte sich für alles. Auch dafür.

Da erklärte ihr die Mutter, daß dies die erste Eisenbahn gewesen wäre, die in Europa gebaut worden war.

Dann kam die Grenze. Die Pässe wurden verlangt, das Gepäck durchsucht, dann ging es wieder weiter. Ueber einen großen Fluß ging die Fahrt, eine Station kam, in der man lange warten mußte, und dann, dann kamen die großen Berge.

Der Zug wand sich durch ein enges Tal, immer längs eines kleinen Flusses, dessen Wasser so klar war, daß man bis auf den Grund sehen konnte. Ueber hohe Brücken, durch dunkle Tunnel zogen die beiden großen Lokomotiven die schweren Waggons. Der Ausblick änderte sich mit jeder Minute und bevor man sich recht versah, war der Tag vorüber.

Es dämmerte schon. Die ganze Nacht mußte man noch in dem engen Abteil zubringen.

Jenny machte Erna auf der weichgepolsterten Bank ein Lager zurecht und nach kurzer Zeit war Erna auch wirklich eingeschlafen.

Jenny betrachtete lange das sanft schlummernde Kind. Wie ruhig sorglos es schlief. Wie glücklich war es doch.

Dann dachte sie an Walter, an Kurt, an die Zukunft. Wie die sich wohl gestalten wird?

Jenny dachte Luftschlöffer. Wie wird sie sich das Leben einrichten? Soll sie es weiter so führen, wie bisher? Was würde Erna zu einer Veränderung sagen? Heute sicherlich nichts, sie war ja noch so klein, aber später vielleicht einmal. Es war ihr Kind, ihr Fleisch und Blut, durfte sie es aus egoistischen Gründen, nur dem eigenen Vorteil zuliebe unglücklich machen? Wie wird Erna die Mutter ansehen, bis sie älter und reifer sein wird? Wird sie ihr nicht voll Abscheu zuzurufen?

„Du, du hast mich verraten! Mich, dein eigenes Kind, hast du verraten! Du bist deiner Pflicht als Mutter nicht nachgekommen, du warst alles andere mehr als Mutter, pui, ich verachte dich!“

Nein, das wird Erna nicht sagen. Sie wird Verständnis aufbringen können für ihre Mutter, für eine Frau, die allein in der Welt steht. Nein, sie wird es nicht ausprechen. Aber denken wird sie es vielleicht? Nein, auch denken wird sie es nicht. Aber sie wird unglücklich sein, vielleicht ohne selbst den eigentlichen Grund zu kennen, unglücklich wird sie sein, heimatlos. Sie wird an der Mutter vorbeigehen, wie an einer zufälligen Bekannten, die einem gleichgültig ist, sie wird sie nie in ihr Innerstes blicken lassen. Jenny wird ihr nie eine Freundin sein können. Wie könnte Erna ihr auch vertrauen? Hat sie sie denn nicht verraten? — — —

Mit solchen Gedanken quälte sich Jenny die ganze Nacht. Warum dachte sie nur heute an die Zukunft? Warum gerade heute? War es vielleicht der Brief von Kurt, der sie dazu antrieb. Liebt sie denn Kurt überhaupt?

Ja, liebt sie ihn denn?

Darüber hatte sie sich noch gar nicht Rech-

schaft abgelegt. Liebt sie Kurt? Nein, sie liebt ihn ja gar nicht, was dachte sie da nur für Unsinn. — — —

Jenny war noch nicht alt. Nein, wahrhaftig nicht, aber sie war auch nicht mehr zwanzig Jahre alt, wo sie das Leben nur durch rosige Brillen gesehen hatte. Sie war heute gereifter, abgeklärter als damals.

Sie hatte Walter geliebt, mit einer Liebe, einer Leidenschaft, deren eben nur die erste Jugend fähig ist. Sie hatte nichts um sich gesehen, nichts gehört außer Walter, es gab für sie nichts anderes auf der Welt. Sie, die immer ein so geselliges Leben geführt hatte, lebte zurückgezogen, ja beinahe einsam konnte man es nennen.

Walter war damit zufrieden. Er verlangte es sogar. Besonders in der letzten Zeit hatte er es wie etwas ganz Selbstverständliches gefordert, daß sie mit keinem Menschen sprach. Er war so schrecklich eifersüchtig, dabei so grundlos eifersüchtig. Auf jedermann. Auf den Straßendanschaffner, auf den Schuhmann, den Jenny um Auskunft fragte, auf jeden, den sie nur anzublicken mochte. Er hätte sie am liebsten in eine eiserne Kassa gesperrt und auch dann wäre er noch nicht ruhig gewesen.

Seine Eifersucht grenzte manchmal fast an brutale Tyrannei. Jede Minute mußte Jenny ihm bis ins Detail verrechnen. Einmal, als sie sich infolge einer Verkehrsstörung um eine Kleinigkeit verpäpelt hatte, machte er ihr eine Szene, wie sie sie bis dahin noch nie erlebt hatte.

Und doch liebte sie ihn, verzog ihm alle seine Fehler, die ihr das Leben oft zur Hölle machten und vergaß sofort alles, wenn er sie nur lieb anschaute.

In der Nacht jedoch, wenn Walter schon lange schlief, dachte sie oft über ihn und sich nach. Vertraute er ihr denn nicht? Hielt er sie denn einer Untreue für fähig? Bestimmt nicht.

(Fortsetzung folgt.)

Gegen die Kürzung des Weihnachtbeitrages.

Eine Rundgebung der Staats- und öffentlichen Angestellten.

Prag, 19. November. Die Sektion der öffentlichen Angestellten des „Dobrovo Bruckeni Oefsklovenste“ und das Kartell der öffentlichen Angestellten im deutschen Gewerkschaftsbunde nahmen gestern in einer Sitzung gegen die beabsichtigte Abschaffung des im Vorjahr gesetzlich eingeführten Weihnachtbeitrages Stellung. Die beabsichtigte Kürzung der ohnehin vielfach unzulänglichen Bezüge der Staats- und öffentlichen Angestellten wurde als eine bedeutende Verschlechterung der Lebenshaltung derselben bezeichnet, wogegen in der hierüber angeführten längeren und eingehenden Debatte schärfster Widerspruch zum Ausdruck kam.

Es wurde hierbei insbesondere auch darauf verwiesen, daß die Entziehung des Weihnachtbeitrages oder dessen wesentliche Kürzung auch eine neuerliche Verschlechterung der Bedürfnisse anderer breiter Volksschichten und somit auch eine Verschärfung der herrschenden Krise zur Folge haben müßte.

Die öffentlichen Angestellten verschließen sich nicht gegen notwendige Maßnahmen, welche die heutigen außergewöhnlichen wirtschaftlichen Verhältnisse ausgleichen, und sie wären zu einer besonderen freiwilligen Besteuerung zu Gunsten der Arbeitslosen bereit. Die Vertreter der in der Sektion und im Kartell der öffentlichen Angestellten vereinigten Organisationen der Staats- und öffentlichen Angestellten sind jedoch der einmütigen Überzeugung, daß bisher noch nicht alle Quellen erschöpft wurden, aus denen noch Einnahmen und Ersparungen gesichert werden könnten. Der Staat leistet sich heute noch vielfach überflüssige und unangemessene Ausgaben und legt sich darin noch keine Beschränkungen auf. Auch die hohen und nicht aus Arbeitsleistungen hervorgehenden Einkommen wurden bisher durch eine angemessene Besteuerung nicht erfaßt. An uneinbringlichen Steuern, besonders der großen Unternehmungen und vermögenden Personen, entgehen dem Staate Milliarden.

Die Sektion und das Kartell formulierten in der Spezialdebatte deshalb konkrete Forderungen, welche der Regierung vorgelegt wurden. Die Sitzung stellte auch die Forderung auf, daß den Spitzenorganisationen das direkte Verhandeln mit dem Finanzministerium ermöglicht wird.

Bulgarien die Hoover-Pause in den Reparationszahlungen zugute kommen, für seinen Teil fällige Summen, die sich aus der Landüberbewertung in Griechisch-Makedonien ergeben, an Sofia abzuführen.

Auch sonst ist keineswegs die Besserung in den Beziehungen zu den Nachbarstaaten eingetreten, die Malinow als Ziel seiner Politik verteidigt, und im Innern ist viel mehr beim Alten geblieben, als selbst Schwarzjehet erwarteten. Personalwechsel in den Ministern — gewöhnlich die übliche Unterbringung von Stellensuchern und die Belegung der Posten durch die eigenen Leute hat sich auch diese Regierung angeeignet sein lassen. Aber wenn unmittelbar nach dem hallenden Wahlerfolg des „Volksblocks“ besonders übel beleumdete Träger des Systems Ljatschev voll böser Ahnungen ins Ausland flüchteten, so ist bis heute ausgeblieben, daß man, was auch die sozialistische Presse bedingt forderte, die Schuldigen an acht Jahren Volksverderben, Volksausbeutung und Volksverdrängung zur Verantwortung gezogen hat. Ja, nicht einmal die Amnestie für die Parteilager der „Demokratischen Vereinigung“ über die Grenzen gejagt worden waren, ist bislang unter Dach und Fach. Und Reformen sonst? Ein unlängst veröffentlichter Aufruf der bulgarischen Sozialdemokratie an das arbeitende Volk gibt die Antwort: „In den mehreren Monaten Blodregierung sind die vor der Wahl gemachten Versprechungen zusammengebrochen, die Programme dahingeshmolzen wie der Schnee des Vorjahres.“

Weshalb diese Mißerfolge, die sicher auch missprachen, als vor vierzehn Tagen Malinow „aus Gesundheitsrücksichten“ durch seinen eifrigen Parteifreund Muschanow an der Spitze des Kabinetts ersetzt wurde? Es fehlt nicht an objektiven Gründen wie der erwähnten Wirtschaftskatastrophe, deren Folgen nur durch die kräftige Hilfe von außen zu bannen sind. Die Wirtschaftskatastrophe wiederum schwächt die Stellung und die Haltung der Regierung, die schwankenden Boden unter den Füßen fühlt. Aber es mangelt auch nicht an subjektiven Gründen. Weiritt die Bauernpartei, obwohl sie nicht mehr den Schwung wie zu Zeiten Stambulinskis hat, immerhin eine in die Zukunft weisende Macht, das arbeitende Volk, so sind die andern Koalitionsparteien kaum durch mehr als den Namen von der „Demokratischen Vereinigung“ unterschieden; als Sandblanger des nur durch Staatsunterstützung hochgehenden Industriekapitals bilden sie einen Hemmschuh für die sozialen und politischen Umgestaltungspläne der Bauernpartei. Daher Spannungen und Zwistigkeiten innerhalb des Kabinetts, die seine Entscheidungskraft lähmen und seine Arbeitsfähigkeit mindern. Einigkeit herrscht eigentlich nur in der Frage des schärfsten Vorgehens gegen die Kommunisten, die als Arbeiterpartei firmierend, dank des Massenwells viel Zulauf auch vom

Hohe Lande erhielten, 165.000 Stimmen und 32 Mandate einbrachten und schließlich von Malinow maniere Weisungen zur Revolutionierung des Balkans bekamen.

Wichtiger aber wäre eine Entwaffnung der „Makedonizierenden“, die einander — was blieb von der im Februar austrompetelten Versöhnung zwischen Mihalowitsch und Protogerowitsch übrig! — in den Straßen Sofias abschlugen und durch Bandeneinfälle nach Jugoslawisch-Makedonien die Beziehungen zwischen

Generalangriff auf die Löhne in Deutschland.

Herabsetzung durch Notverordnung?

Berlin, 19. November. Das Subkomitee des wirtschaftlichen Beratungsrates, wo, wie bekannt, der Reichspräsident den Vorsitz führt und dessen Aufgabe es ist, die Pläne für eine allgemeine Herabsetzung der Erzeugungslosten auszuarbeiten, hielt heute den ganzen Tag Beratungen ab und gelangte laut Blättermeldungen zu einem Ergebnis, das wahrscheinlich morgen dem Plenum vorgelegt werden wird. Die Herabsetzung der Erzeugungslosten und damit der Weg zur Herabsetzung der Preise ist nach der Ansicht der Mehrheit und wahrscheinlich auch nach der Ansicht der Reichsregierung hauptsächlich in der Herabsetzung der Arbeiter- und Angestelltenlöhne zu suchen, und zwar in der Weise, daß als Grundlage eines der früheren Jahre, wahrscheinlich das Jahr 1927, gewählt werden soll. Die Herabsetzung der Löhne und Gehälter soll im Einberufen der Zentralverbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer durchgeführt werden, und

Belgrad und Sofia vergiften. Daß neben ihnen noch wie vor die Armee, besser das Offizierskorps einen unverantwortlichen politischen Faktor darstellt, der nicht übersehen werden darf, dafür ist die Übernahme des Generals Rissow, Kriegsminister im Kabinett der „Demokratischen Vereinigung“, in das Kabinett des „Volksblocks“ ein deutlicher Beweis. In dem allgemeinen politischen Kammer trägt auch das Fehlen einer starken, hochkräftigen Sozialdemokratie bei.

wenn dieses Abkommen nicht gelingt, was sehr wahrscheinlich ist, soll es generell wieder auf dem Wege einer Notverordnung durchgeführt werden. Die Herabsetzung der Preise soll weiter durch die Beseitigung der gebundenen Kartellpreise, insbesondere bei den Lebensbedürfnissen, ermöglicht werden.

In den Ausschüssen wurde auch über eine Herabsetzung einiger Zollposten und über die Herabsetzung der Mietpreise gesprochen. Mit der Herausgabe einer Notverordnung wird nach den bisherigen Erachtungen in der kommenden Woche gerechnet. Gegenüber diesen Nachrichten meldet der „Volksanzeiger“, daß sich bei den Verhandlungen der Unterausschüsse große Differenzen zwischen den Standpunkten der Vertreter der einzelnen Gruppen zeigten, und es sei zweifelhaft, ob es überhaupt zu einem positiven Beschluß kommen werde.

Die Brütlung der deutschen Finanzlage.

Paris, 19. November. Vorkämpfer von Hoesch stiftete heute um 14 Uhr dem französischen Ministerpräsidenten Laval einen Besuch ab. Dabei wurden die gegenwärtigen Besprechungen über die Vorbereitung der Einberufung des im Young-Plan vorgesehenen Sachverständigenausschusses zur Überprüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands zum Abschluß gebracht. Der amtliche deutsche Schritt wegen der Einberufung des Sonderausschusses ist demnach zu erwarten. Die Veröffentlichung des Textes des deutschen Schreibens an die V. J. J. und an die beteiligten Regierungen erfolgt in Berlin.

Bankrott in Berlin.

Berlin, 19. November. Die Berliner Bank für Handel und Grundbesitz A.G., Berlin, (Kapital zwei Millionen Reichsmark) hat heute ihre Schalter geschlossen. Die Reichsregierung hat die erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um eine ruhige Abwicklung der Bank zu gewährleisten. Es ist beabsichtigt, die Abwicklung durch die Dresdner Bank vornehmen zu lassen. Die Reichsregierung wird zu diesem Zweck der Dresdner Bank eine Summe zur Verfügung stellen, um mit ihrer Hilfe eine Vereinbarung mit den Kreditoren der Bank über die Art der Abwicklung herbeizuführen.

Arbeitslosigkeit und Gewerkschaften.

Die deutschen Gewerkschaften haben verhältnismäßig doppelt soviel Arbeitslose als die tschechischen.

Wie schwer die Krise auf den Gewerkschaften lastet, geht aus den Erhebungen des Statistischen Staatsamtes über den Anteil der unterstützten Arbeitslosen an den Gewerkschaftszentralen hervor. Danach fanden bei sämtlichen zur Auszahlung des Staatsbeitrages berechtigten Verbänden im Jahre 1930 von je 1000 Mitgliedern 43,3 im Genuß der Arbeitslosenunterstützung, im Jahre 1931 war dieser Anteil bereits auf 90 gestiegen, mit anderen Worten,

	1930 Unter	1931 Unter
Deutsche Gewerkschaften	241.326	25.677
davon Deutscher Gewerkschaftsbund	186.414	20.311
Tschechische Gewerkschaften	716.964	22.542
davon Dobrovo Bruckeni	330.344	15.198

Wir sehen also, daß die deutschen Gewerkschaften verhältnismäßig mehr als doppelt soviel Arbeitslose hatten als die tschechischen, so daß sie in den ersten vier Monaten des Jahres 1931, für welche die statistische Verarbeitung bereits vorliegt, rund ein

im Jahre 1931 hat durchschnittlich jedes zehnte Gewerkschaftsmitglied Arbeitslosenunterstützung erhalten.

Aber diese Zahlen lehren noch etwas anderes. Auch sie zeigen, übereinstimmend mit Erhebungen nach anderen Methoden, daß die deutsche Arbeiterklasse des Landes von der Arbeitslosigkeit am allerhärtesten betroffen wird. Die Daten des Statistischen Staatsamtes ergeben folgendes Bild:

	1930 Unter	Jänner-April 1931 Unter
von je 1000	43,3	90
Mitgl.	106,1	258,476
Mitgl.	109	193,834
Mitgl.	31,4	735,411
Mitgl.	46	350,318
von je 1000	196,9	50,887
von je 1000	201,7	39,096
von je 1000	72,9	53,186
von je 1000	104,7	37,386

Fünftel ihrer Gewerkschaftsmitglieder unterstützen mußten. In beiden nationalen Lagern tritt aber auch die übertragende Stellung der freien Gewerkschaften und ihre besondere Inanspruchnahme deutlich hervor.

Gegen das Steuerüberwälzungsverbot.

Gewerkschaftszentrale verlangt Aufschub bis Ende 1936.

Durch das Gesetz vom 15. Juni 1927 über die direkten Steuern wurde festgelegt, daß die Arbeitgeber für ihre Angestellten Steuern und soziale Lasten nicht aus eigenem bezahlten dürfen, bzw. daß diese übernommenen Zahlungen den Arbeitgebern bei der Vorschreibung der Erwerbssteuer nicht als Abzugsposten anerkannt werden. Für eine Uebergangszeit wurde gestattet, diese Art der Zahlung der Steuern und sozialen Lasten der Angestellten, soweit sie individuell oder durch Kollektivverträge vereinbart war, bis Ende 1931 beizubehalten.

Die Durchführung dieses Gesetzes, d. h. die Verpflichtung der Angestellten, aus eigenem die Steuern und sozialen Abgaben zu bezahlen, würde heute eine Verschärfung des Lohnrückes und eine tatsächliche Lohnherabsetzung bedeuten. Daher überreichten im Auftrag der Gewerkschaftszentrale die Abgeordneten Tayerle, Maroun, Klein und Bergmann im Abgeordnetenhaus einen Initiativantrag auf Erlassung eines Gesetzes, durch das das Gesetz über die direkten Steuern in dem Sinne abgeändert werden soll, daß die Bestimmung des Artikels XXI lit. b), soweit sie sich auf die Bezahlung der Beiträge für Krankenversicherungs- und ähnliche Anstalten sowie der Steuern und Abgaben bezieht, erst mit 1. Jänner 1937

statt mit 1. Jänner 1932 Rechtskraft erlangt, also um fünf Jahre aufgeschoben wird.

Dieser Aufschub ist durch die gegenwärtige Wirtschaftslage begründet, die nicht geeignet ist, diese Bestimmung des Gesetzes über die direkten Steuern durchzuführen.

Blinder Eifer schadet nur.

Herr Abg. Hans Krebs, einer der agiliten und streblichsten hakenkreuzerischen Führer, ist beim Wettkampf um den Bürgermeistertitel in Aulstorf unterlegen.

Nachträglich hat er mit seinen Wagnern in einer Versammlung „gründlich abgerechnet“. Seine Rede war nach dem „Tag“, wie immer, einfach — meisterhaft.

In seinem blinden Eifer äußerte sich Herr Krebs auch über das Ziel der Hakenkreuzler im Sudetengebiet wie folgt:

„Und wenn die Sozialdemokraten erzählen, wir wollen mit dem Hakenkreuz und im Braunschweig im Stadtschloß einziehen, dann sagen wir: Jawohl, wir werden es, wenn Adolf Hitler in Deutschland an der Macht ist, dann wird der deutsche Gesandte mit Hakenkreuz und im Braunschweig im Stadtschloß einmarschieren. Uns jüdische Deutschen Nationalsozialisten geht es aber nicht darum, auf dem Stadtschloß die Hakenkreuzfahne zu hissen, unser Ziel ist es, sie auf die Rathäuser unserer hunderttausend jüdischen Gemeinden aufzuziehen. Daß es ge-

„Tribüne“

Jeden erscheinen.

Inhalt:

Josef Hofbauer: Die Gemeindevahlen. Albert Unterbach (Wien): Der Heimwehrputsch in Oesterreich.

Th. Bellwoog: Der Umsturz in England.

Emil Strauß: Krise der Banken.

B. Polakowicz: Das nächste Ziel im Kampf um die sozialistische Volkswirtschaft.

Desider Fort: Das Problem „Revolution“.

Geinrich Berner: Die wirtschaftliche Lage des Mittelstandes.

Karl Schwager (Wien): Die rote „grüne“ Internationale.

Emil Franke: Politik und Geschichte.

Paul Fritschmann: Psychologisches über Eltern, Lehrer und Kinder.

Ernst Thömer: Rinderkaufungen vor Gericht.

Franz Kraus: Justizreform und Laiengerichtsbörkeit.

Bemerkungen: „Politikwissenschaftliche Bildung der Jugend“ — Karl Strecker — Pazifisten unter sich — Der Ur-Bate der sozialen Politik — Fiat Justitia — Blind und taub — Unter geistigen Arbeitern — Mit verteilten Rollen — Sorgen, Sorgen!

Wäterschön (Lebener, Gobjak, Wendel, Kisch, Sonn, Palabanoff, Max Adler, Rachel Ricardo Guch, Brodthaus, Tscholich, Adolf Mann, München, Dellen.)

Bestellungen sind zu richten an die Vertrauensleute, Parteisekretäre, Schriftenabteilungen und Volksbuchhandlungen oder direkt an die

Verwaltung der „Tribüne“ Prag II.

Relaxanka 18.

Jeder Vertrauensmann best die Tribüne

geben wird, ist unser Glaube, der Glaube an die Sieghaftigkeit unserer Idee, für die wir streiten.

Nach dem glorreichen Muster Mussolinis, dieses Wagners der Arbeiterklasse und der Demokratie Italiens der seinen Sieg mit dem berühmten Marsch auf Rom einleitete, träumen die Hitlerleute in Deutschland von einem siegreichen Marsch auf Berlin. Müunter fabelten auch hierzulande Hakenkreuzler von einem Marsch auf — Prag. Herr Abg. Krebs begünstigt sich damit, die Rathhäuser der sudetendeutschen Gemeinden zu erobern. Er nennt es schon eine „Eroberung“, wenn er mit acht Stabsverordneten von 42 Bürgermeistern in Aulstorf geworden wäre. Bei den Hakenkreuzern kommt es eben nicht auf die Quantität, sondern auf die Qualität an. Nur schade, daß die Mehrheit sich von einer Minderheit nicht einfach kommandieren läßt. Trotz alledem glauben die Hakenkreuzler durch die Machtergreifung von oben her ihren Glauben, ihre „Ideale“ siegreich zu verwirklichen. Herr Abg. Krebs war so gütig, neuerdings zu betonen, daß es ihnen gelingen wird, den „marxistischen Block zu zertrümmern“. Erst dann wird das „Dritte Reich“ angerichtet in welchem nach dem Beispiel Italiens unter der Obhut des gelbbraunen Faschismus den vollenbewussten — Kapitalisten freie Bahn geschaffen wird.

Der Glaube des Herrn Abg. Krebs in allen Ehren — es dürfte aber recht viel Wasser die Erde hinunterirren, ehe sein engeres Ziel, die Öffnung der Hakenkreuzertrasse auf den sudetendeutschen Rathhäusern erreicht wird — von dem überhen nicht zu reden. Der Uebereifer des Herrn Krebs tut ihm nicht gut: Eile mit Weile!

Kommunisten betteln bei Bafa.

Wie der Berliner „Vorwärts“ mitteilt, hat der kommunistische Einheitsverband der Bergarbeiter, Ortsgruppe Zulsbach, Saar, vor einiger Zeit an den Schufabrikanten Bafa in Min in der Tschecho-Slowakei folgendes Schreiben gerichtet:

„Im Auftrage des Einheitsverbandes gehalten sich der Unterzeichnete, Ihnen ergebenst folgendes vorzutragen:

Durch die augenblickliche wirtschaftliche Krise sah sich die Direktion der Dillinger Hüttenwerke gezwungen, einzelne Betriebe einzustellen und ungefähr 300 Arbeiter freilassend zu entlassen.

Um die katastrophale Lage dieser entlassenen Arbeiter zu mildern, die von fast jeder Unterstützung entblößt sind, möchte der Einheitsverband, der augenblicklich auch zu einer fiebernden Unterstützung nicht in der Lage ist, Sie bitten, in irgendeiner Weise diese in ihrer Existenz bedrohten Arbeiter zu unterstützen. Der Einheitsverband bittet die werten Herren, sich dieser Bitte, die nur einem idealen Zweck dient, nicht zu verschließen, und dankt Ihnen im Voraus für Ihre Bemühungen.“

Die „revolutionären“ Kommunisten schämen sich also durchaus nicht, den Kapitalisten Bafa anzubetteln, er möge so gütig sein und ihnen eine Unterstützung zukommen lassen. Wahrscheinlich hat der kommunistische Verband in Deutschland sein Geld für die Agitation gegen die freie Gewerkschaft ausgegeben, so daß er seine Mitglieder nicht unterstützen kann.

Tagesneuigkeiten

Mitten im Frieden.

Mitten im Frieden berät der Völkerbund darüber, ob der „Konflikt“ im Fernen Osten Krieg ist oder freundschaftliche Auseinandersetzung, behaupten die Herrn am grünen Tisch, daß sie bestrebt seien zur Wechsellage über den Frieden, aber nicht über den Krieg. Mitten im Frieden fährt der simple Staatsbürger über die Grenze nach Oesterreich: in der Bräuterei vor den länderscheidenden Wäldern erhebt er die Fahrtarte nur in Kä, einige hundert Meter weiter gibt es nur Schilling und die liebe Wechsellage dazwischen weiß sich ob dieser Währungsproblematik keinen Rat. Mitten im tiefsten Frieden liest man, daß in Prag gleich drei bürgerliche Abendblätter auf einmal konfiszieren wurden, weil sie etwas darüber brachten, wie die nicht mehr geltende Wirtschaftskrise bekämpft werden soll und gleich daneben erfährt man, daß durch einen verlorenen Blindgänger dort weit in der Slowakei nur drei Jungens auf einmal ums Leben gekommen sind. Mitten im tiefsten Frieden findet in Prag ein Spionageprozeß wegen der Brünner Waffenfabrik hinter geschlossenen Türen statt, wo man sich noch ganz gut daran erinnert, daß dieses selbe Werk vergangenes Jahr einige größere Waffensendungen nach Ungarn, an den „Erzfeind“ verkauft hat, wodurch wahrscheinlich kein militärisches Geheimnis preisgegeben worden war. Und mitten im tiefsten Frieden der Völkerbund wird in Troppau ein Redakteur deshalb mit 500 Kä bestraft, weil er den gewiß staatsgefährlichen Franz-Josef in der Verklärungsgestalt der Operette „Das weiße Rössl“ bei der Vorstellung hat hochheben lassen. Und gleich nebenan, sozusagen, wird der Linzinger Redakteur Kulmburg von der Anklage der Spionage freigesprochen, begangen dadurch, daß er im Inland anstandslos veröffentlichte Mandatsberichte ins Ausland weitergeleitet hat und der Staatsanwalt unterstützt die Justizüberlastung durch eine gewiß staatsunwirthliche Verurteilung und gleichzeitig erfährt man, daß sich ein Soldat in der Prager Umgebung vor den fahrenden Zug geworfen hat, Gründe unbekannt. Das sind einige der Ereignisse, die man etwa am Dienstag, den 17. November 1931 mitten im tiefsten Frieden den Plätzen hat entnehmen können: wahrlich, eine ganz und gar konfolidierte Gesellschaftsordnung!

W. Lg.

Zodesurteile im Leitmeritzer Zigeunerprozeß.

Leitmeritz, 19. November. Der dritte Verhandlungstag im Zigeunerprozeß begann mit der Befragung der an die Geschworenen gestellten 15 Schuldfragen und zwar gegen den Zigeuner Franz Bernard wegen Mordmordes und gegen Engelbert Graf wegen Mithilfe am Mordmord und wegen unabweislichen Juvenges während der Tat, gegen Emilie und Mathilde Graf wegen entfernter Mithilfe bei Mordmord, gegen Engelbert, Emilie und Mathilde Graf wegen des Verbrechens der Verleumdung. Die Verteidiger der Zigeuner Franz Bernard und Engelbert Graf machten die Geschworenen darauf aufmerksam, daß sie gegebenenfalls auch vom Gericht die Stellung einer Schuldfrage wegen Totschlag verlangen können. Die Geschworenen haben die Schuldfrage wegen Mordmordes bei Franz Bernard, wegen Mithilfe zum Mordmord und wegen Verleumdung bei Engelbert Graf, sowie wegen Verleumdung bei den beiden Zigeunerinnen Emilie und Mathilde Graf mit 12 Stimmen bejaht. Das Urteil des Gerichtshofes lautete gegen Franz Bernard und gegen Engelbert Graf auf Tod durch den Strang und bei den beiden Zigeunerinnen Emilie und Mathilde Graf auf je zwei Jahre schweren Kerker. Von den vier Verteidigern wurde für die Beurteilung die Richtighkeitsbescheidung und die Verurteilung gegen das Strafmaß angemeldet. Die erlittene Untersuchungshaft wurde den Zigeunerinnen voll angerechnet und der Gerichtshof sprach aus, daß auch im Falle einer Begnadigung der zum Tode verurteilten Zigeuner dasselbe zu erfolgen habe.

Muttermord im Armenhaus.

Auch in Brünn ein Todesurteil.

Vor den Brünner Geschworenen hatte sich gestern die 37jährige Franziska Prochazka aus Medwiedz bei Tschadowitz wegen Mord an ihrer eigenen Mutter zu verantworten. Die Anklageschrift führt folgendes aus: am 18. August 1931 um halb acht Uhr wurde die fünfundsiebzigjährige Angehörige Franziska Dumppolitz, die von ihrem Mann getrennt lebte, in ihrem Zimmer im Medwiedzigen Armenhaus erzwürgt aufgefunden. Als des Mordes verdächtig wurde die gleichfalls im Armenhaus wohnende Franziska Prochazka von der Gendarmerie verhaftet. Sie leugnete zuerst hartnäckig, gestand aber dann, die Mutter während eines Streites erzwürgt zu haben. Die beiden Frauen hatten öfter miteinander Streit, der auch in Tödligkeiten ausartete und am 18. August kam es dann anfänglich eines neuerlichen Streites zu der furchtbaren Tat. Beobachtet wurde der Mord von dem achtjährigen Karl Eis, der sich auf dem neben dem Armenhaus gelegenen Tennisplatz befand. Am gleichen Abend verübte der Gatte der Ermordeten einen furchtbaren Selbstmord, indem er sich eine Dynamitpatrone in den Mund steckte und diese zur Entzündung brachte.

In der gestrigen Verhandlung entrollte sich ein furchtbares Bild eines durch soziale Mißverhältnisse vollständig zerrütteten Familienlebens. Die Ermordete lebte getrennt von ihrem Mann in einem Zimmer mit dem Eduard Tlapa, der aber wieder ein Verhältnis mit der Prochazka unterhielt. Auch von einem solchen Verhältnis der Prochazka mit ihrem eigenen Vater wurde in der Gemeinde allgemein gesprochen. Daß in diesem Milieu kein glückliches und zufriedenes Familienleben auskommen konnte, ist begreiflich und Streit und Zwist zwischen Mutter und Tochter waren auch tatsächlich an der Tagesordnung. Die Angeklagte gestand in der Verhandlung dem Mord ein, leugnete jedoch die Absicht gehabt zu haben, die Mutter zu töten. Auch die Anklage des als Zeugen eivernommenen Karl Eis, daß Franziska Prochazka, nachdem sie die Mutter erzwürgt hatte, ihr noch einige Fußtritte gab, erklärte sie für nicht richtig. Während der gleichfalls als Zeuge eivernommene Eduard Tlapa seinerzeit bei der Gendarmerie ausgesagt hatte, daß es ihm bekannt war, daß die Prochazka ihre Mutter beseitigen wollte, erklärte er gestern, daß er hiervon nichts wisse. Als nächster Zeuge erschien Philipp Opatk aus Medwiedz, der die Aufsicht über das dortige Armenhaus hatte. Er gab an, daß die Prochazka mit ihrer Mutter sehr schlecht auskam und daß sie sich oft bei ihm über ihre Tochter beschwerte und die Befürchtung ausgesprochen habe, daß sie ihr noch dem Leben trahie.

Die Geschworenen sprachen die Angeklagte des Mordes schuldig und Franziska Prochazka wurde zum Tod durch den Strang verurteilt. Sie hörte die Urteilsverkündung vollkommen ruhig an und behielt sich drei Tage Bedenkzeit vor.

Warum?

Wieder ein Soldatenselbstmord.

Das Tschochoslaw, P. B. meldet:

Prag, 19. November. Heute früh vor 6 Uhr brang in selbstmörderischer Absicht in der Georgs-Kaserne in Prag der Soldat Alexander Klenko vom Trainbataillon Nr. 1 aus dem 3. Stockwerk in den Hof. Er stürzte sich nach seiner Überführung ins Divisionskrankenhaus. Durch die Untersuchung konnte nicht einmal eine subjektive Ursache der Tat festgestellt werden. Es handelt sich um einen ruhigen, schwermütigen Soldaten, der seinen Dienst ordentlich verließ, niemals bestraft wurde und sowohl bei seinen Kameraden wie bei seinen Vorgesetzten beliebt war. Er selbst diente sehr gern und hat noch kurz vor seinem Selbstmord ohne dazu verpflichtet zu sein, sich um sein Pferd gekümmert.

25 Gräber im Meer.

Paris, 19. November. Nach einem aus Stambul eingegangenen Telegramm ist gestern früh ein spanischer Frachtdampfer in der Nähe der Bucht von Stambul untergegangen. 25 Mann der Besatzung kamen ums Leben.

Ein Blutbad

wegen Erbschaftsstreitigkeiten.

Koblentz, 19. November. Ein Kraftfahrer tödete gestern abends seinen Bruder durch einen Kopfschuß, schob seine Mutter in den Mund und verlegte seine Schwägerin durch einen Schuß lebensgefährlich. Dann brachte sich der Täter selbst einen lebensgefährlichen Kopfschuß bei. In der Familie bestanden Erbschaftsstreitigkeiten.

Schwere Ausdehnungen in Warschau.

Warschau, 19. November. Der seit drei Tagen andauernde Streikendahnereist in Warschau führte heute zu ersten Ausdehnungen. Kommunistische Straßenbahnangestellte überfielen Straßenbahnwagen, welche mit Diffe von arbeitswilligen Straßenbahnern im Verkehr waren und zwangen die Passagiere mit vorgehaltenen Revolvern, die Wagen zu verlassen. Ein Motorführer und zwei Konduktoren wurden dabei von den Kommunisten schwer mißhandelt und mußten ins Spital übergeführt werden. In ersteren Ergüssen kam es in der Vorstadt Praga, wo die Polizei beim Auseinanderlagern der Demonstrationen von der Schußwaffe Gebrauch machen mußte, wobei zwei Streikende ernstlich verletzt wurden. Auch an anderen Punkten der Stadt kam es zu Terrorakten der Streikenden.

Die Sorge um das geistig weniger regsame Kind. Die Deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen hat im Auftrage des hohen Landes eine Anstalt, die es ermöglicht, Kindern, die einer besonderen Fürsorge bedürfen, die minder begabt oder, vereinzelt, geistiger weniger regsam sind und solche, die aus dem einen oder dem anderen Grunde in einem anderen Heime oder Anstalt oder dabeim nicht weiter verbleiben können, eine Heimat zu bieten, wo geschulte Kräfte das zu ersuchen suchen, was die Natur dem Kinde vermag hat. Was die Wirtschaftlichkeit des Heimes betrifft, so sollen einige Zahlen für sich selber sprechen. Der Gesamtjahresaufwand betrug 1930 K 280.188.63 (bei einem Stande von 49 Jöglingen). Es kostete demnach durchschnittlich ein Jögling im Jahre K 5809.97, im Monate K 442.49 und im Tage K 14.75. Der Betriebsaufwand betrug im Jahr K 112.762.10, für einen Jögling täglich K 3.27. Nach Erreichung der

Schulmündigkeit wenden sich die Jöglinge den verschiedensten Berufen zu, bewahren aber auch später die alte Anhänglichkeit an das Heim und die Lehrer. Einige charakteristische Beispiele zeigen die Notwendigkeit solcher Erziehungsheime: Ein 10jähriger Knabe. Er ist verkommen, frech und widerständig. Im Schuljahre 1928-29 hat er 297 Schulhalbtage unentschuldig veräumt. Im Schuljahre 1929-30 hat er bis Anfang Jänner 1930 überhaupt keine Schule besucht. Sein 13-jähriger Bruder wird als äußerst vorlaut bezeichnet. Worin und Ermahnungen helfen nichts, es bliebe nur die körperliche Züchtigung übrig. Seit dem 12. Jänner 1928 hat er überhaupt keine Schule besucht. Nach kurzem Aufenthalt im Heime waren es zwei arbeitswillige und nette Knaben, die mit gutem Willen das im Unterrichte Versäumte nachholten und gern zur Schule gingen. — Ein 12jähriger Knabe wird ohne Rücksicht auf sein Geschlecht, er sei halbtot, leicht erregbar und phantastisch und zeige starke Ableitbarkeit und Labilität im Willen. Nächstliche Schulförderung durch andauernde Körperbewegungen vertragen die neuropathische Konstitution. Der Knabe wurde zur Selbstbeobachtung geführt. Durch eine ruhige und konsequente Behandlung wurde in einigen Monaten eine weitgehende Besserung erzielt. — Ein 8jähriger Knabe hat mit Eigenfinn und Trotz die Familie heberscht. Nach kurzem Aufenthalt im Heime schwanden die Symptome. Eine Beurlaubung im vierten Monat brachte einen Rückfall, der jedoch leicht zu korrigieren war. Außer den drei Heimen in Opatowitz, Spigelsberg und Hohenelbe besitzt die Deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen noch das „Abercrombieheim“ in Schönlande und das „Eisenhüttenheim“ in Wornsdorf, die beide für 40, bzw. 25 Knaben, die einer Anstaltsziehung bedürfen, bestimmt sind.

Ein dreizehnjähriger Knabe erschießt einen neunjährigen. Wir lesen in der „Morgenszeitung“: In Kapidlar bei Nischin hat Sonntag ein dreizehnjähriger Schüler, dessen Name nach dem neuen Jugendstrafgesetz nicht genannt werden darf, als er mit einem Jagdgewehr spielte, den neunjährigen Sohn des Nachbarn erschossen. Kollblutig nahm er die Leiche seines Freundes, nachdem er das Blut im Zimmer aufgewischt hatte und trug sie in die Scheuer, wo er sie im Trost begrub. Als der Vater des erschossenen Knaben am Abend nach Hause kam und nach dem Verbleib seines Sohnes forschte, sagte der dreizehnjährige, der andere sei in den Wald gegangen und dürfte sich verirrt haben. Die ganze Nacht suchten die Einwohner nach dem verschwundenen Knaben. Erst am nächsten Tag meldete eine Bäuerin, sie habe gestern einen Schuß vernommen. Nun erst entstand der Junge seine Tat ein.

Eine Deutsche als spanische Abgeordnete. Die spanische Kammer besahe sich vorgestern mit dem Fall der Frau Reiken, die am 4. Oktober bei den Ergänzungswahlen zur Abgeordneten erwählt wurde. Frau Reiken ist eine gebürtige Deutsche und erlangte die spanische Staatsbürgerschaft durch ihre Eheschließung mit einem Spanier. Die Mandatverifizierungskommission erklärte, es bestünde kein Bedenken, das Mandat der Frau Reiken als rechtmäßig anzuerkennen.

Gefährdung eines politischen Nordes. Der Kommunist Weichelt, der in dem dringenden Verdacht stand, am Abend des 10. November in Reumünster bei dem gemeldeten blutigen Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten den S. A. Mann Martens erschossen und zwei weitere Nationalsozialisten schwer verletzt zu haben, hat nunmehr ein umfassendes Geständnis abgelegt, und die Tat zugegeben.

Die echten und die falschen Fratellini. In einem Wiener Zirkus tritt zur Zeit die Clown-Gruppe Fratellini auf, gegen deren Namensführung die in Frankreich auftretende weltbekannte Clown-Gruppe der drei Brüder Paolo, François und Alberto Fratellini beim Wiener Handelsgerichte einen Prozeß anstrengte, der durch eine einstweilige Verfügung dahin entschieden wurde, daß die Wiener Fratellini-Gruppe nicht mehr ihren Namen tragen dürfe. Künstlernamen sind, wie es in der Begründung u. a. heißt, Unterscheidungszeichen und genießen demnach den vollkommenen Schutz des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb.

Vorläufig weiter unterfahren. Im Rahmen der österreichischen Verfassungsvorbereitung vom Jahre 1929 wurde auch eine Verfassungsordnung geschaffen, derenzufolge mit Ende dieses Jahres in ganz Oesterreich das Rechtsfahren eingeführt werden sollte. Die großen Kosten, welche diese Neuordnung in Oesterreich verursachen würde, haben die beteiligten Stellen nunmehr veranlaßt, bei der Regierung um eine Verschlebung dieses Projektes anzulohnen. Der Ministerrat hat nunmehr beschlossen, diesem Wunsch zu entsprechen und die obligatorische Einführung des Rechtsfahrens für ganz Oesterreich auf zwei Jahre zu verschieben.

Rechtshilfe aus Rumänien. Die tschechoslowakische Grenzinspektion in der Station Solotvina (Karpatenland) überraschte eine Schmugglertruppe aus dieser Gemeinde, die aus Rumänien über die Theiß Wehl in die Tschochoslawat beförderte. Bei dem Zusammenstoß wurden die Schmuggler die Waren weg und besaßen die Waade mit Steinen. Die Finanzwache machte von der Schußwaffe Gebrauch, wobei Michael Bulista aus Solotvina getroffen wurde. Er wurde ins Krankenhaus gebracht. 490 Kg. Wehl wurden beschlagnahmt.

Vom Rundfunk

Sonntag:

Prag: 11.00: Schallplatten, 14.10: Schallplatten, 18.20: Deutsche Sendung: Moderne Meister, 21.00: Opern- und Operetten-Arien. — Brünn: 14.00: Orchesterkonzert, 18.20: Deutsche Sendung: Schubert-Lieder, 19.00: Das Land des Lächelns, Operette von Ledet. — Berlin: 19.10: Kommenant. — Hamburg: 16.30: Koberbeer. — Königsberg: 21.15: Punkt des Alltags. — Leipzig: 17.00: Charakteristische Märche und Balzer, 20.45: Anton Bruckner. — München: 20.30: Fröhlichkeit am laufenden Band. — Wien: 20.40: Der Jarewitsch, Operette von Jenbach. — Moskau: 19.20: Konzert.

Die Filmwochenschau.

Wie sie ist und wie sie sein könnte.

Wie sie ist:

Der König von Italien bei den Manövern der Luftflotte. — Die Frau des Präsidenten der Vereinigten Staaten kauft ein neues Kriegsschiff. — Der König von Siam besucht Paris. — Im Zoologischen Garten von Chicago wurde ein Nashornbaby geboren. — Der König von Aethiopien hat Geburtstag. — Hindenburg nimmt eine Parade vor dem Reichstag ab. — Ein Rughdmach. — Katerina in Köln. — Die englische Hochseeflotte bei ihren Sommermanövern. — Die französische Kavallerie hält eine Truppenübung ab. — Die italienischen Alpenjäger bei ihren diesjährigen Manövern. — Die Kronprinzessin von Belgien nahm an einem Tennisturnier teil. — Der König von Rumänien besucht die Kolonialausstellung. — Mussolini nimmt in Mailand den Treuschwur der faschistischen Jugendorganisation entgegen. — In Kopenhagen tagte der Katholikentag. — In Rom erteilte der Papst der auf dem Petersplatz versammelten Menge seinen Segen. — Die Schmeißlingin von Arizona. — In Turin hielt Mussolini eine Rede. — Die Abkündigung der Wache im englischen Königspalast. — Das Nilpferd im Zoo zu Berlin hat Schuppen. — In Philadelphia führt ein Bürgerklub die Trachten von 1880 vor. — Die deutschen Nationalsozialisten geben zu Ehren des Prinzen Joachim XXXVII. von Preußen ein Fest, dessen Abschluss ein gigantisches Feuerwerk bildet. — Der Kaiser von Japan inspiziert die Armee. — Max Schmeling wird in Hamburg von der Menge begeistert empfangen. — Der Zeppelin in England. — Der Zeppelin in Afrika. — Manöver in Deutschland. — Manöver in Brasilien. — Der Kronprinz von Italien, der Kronprinz von Jugoslawien, der Kronprinz von Dänemark. Und so weiter, und so weiter, und so weiter...

Wie sie sein könnte:

Bedenklicher und aktueller Bericht über die jetzige Zeit, die wir erleben; zugleich kollektive, mentaler Kriegerdick dieser Zeit, objektive Geschichtsschreibung, Fixierung des Gedächtnisses dieser Tage für kommende Jahrzehnte und Jahrhunderte. Arbeitslosigkeit? Ein Tennisturnier? Spielung von tausend Fabriken? Der Kronprinz von Rumänien hat geheiratet! Tägliche Selbstmorde aus Not? Ein neues Kriegsschiff läuft vom Stapel! Verweigerungskampf des vom Wohlfühlkapitalistischer Katastrophopolitik geschüttelten Erdballs? In einem Zoo hat ein Zebra ein Baby bekommen!

Gefähr der Zeit? Apotheose der Herrschaft? Verdrö? Lüge! Wirklichkeit? Märchen von der Nacht und vom Rubin der gekrönten und bogenden Tagespropheten. Völkerwerfung durch die Bildlosigkeit von Land zu Land? Vorbereitung neuen Nordens durch die Verbrennung des Militarismus!

Ob Hoy-Wochenschau, ob Paramount-Wochenschau, ob Ufa-Wochenschau, ob P. D. C. Wochenschau — nur die Namen sind verschieden, der Geist ist überall derselbe.

Was könnte die Tonfilmwochenschau sein, wenn —

Ja, wenn sie nicht wie der Film überhaupt geistiges Nachmittags in den Händen der kapitalistischen Filmindustrie wäre! Die Ufa-Wochenschau dient Herrn Hugenberg, also den deutschen Fakenkreuzern. Die Hoy-Wochenschau hat ein Abkommen mit dem faschistischen Filmzentralinstitut getroffen, schmuggelt in ihre Wochenscheide die Propagandafilme Mussolinis ein. Und die anderen wählen aus dem ungedruckten Material an Ereignissen, die sich zupien ließen, den Teil aus, der den Glanz an die Unerforschlichkeit der alleinigmachenden, auf die Pracht blinkender Bajouette, giftgasähnlicher Flugzeugboote und kanonenstarrer Kriegsschiffe gestärkten bürgerlichen Gesellschaftsordnung stärkt und vertieft.

Tag um Tag, Stunde um Stunde wirken diese „neutralen“ Filmwochenschauen in Zehntausenden von Kinohäusern auf Millionen Menschen ein. Und gibt es Mittel, die Menschen der geistigen Beeinflussung durch die Propagandabilder kapitalistisch-militaristischer Machtstaaten zu entziehen?

Versuche proletarischer Filmwochenschauen sind unternommen worden, aber sie schlagen fehl. Es mangelt an Geld, es mangelt an geschulten Operateuren, es mangelt an Abnahmefähigkeiten.

Dier liegt der Fehler. Die Arbeiterkinospielen die bürgerliche Wochenschau. Für die proletarische ist kein Platz.

Was wird das anders werden? Wenn das Kinopublikum sich gegen die Gebirgsüberhebung durch die bürgerliche Filmwochenschau wehren wird.

Saut, deutlich und noch nicht. Fritz Rosenfeld.

Die höchste Sportbahn Europas.

Gebirgs- und Bergbahnen in aller Welt. — 12 Kilometer ununterbrochenes Eisfahren. Ein Wunder der Technik.

Dass es auf dieser Erde fast kein Fleckchen mehr gibt, das noch nicht von einem Menschen Fuß betreten oder wenigstens von Menschenaugen gesehen worden ist, ist eine bekannte Tatsache. Kühne Forscher aller Länder haben mit allen erdenklichen Hilfsmitteln der Technik unbekannte Gebiete der Erde nach und nach erschlossen. Wo vor hundert Jahren noch die Ureinwohner Ackerbau und Viehzucht trieben und der Jagd nachgingen, ist heute Touristenland, und vom Urzustand dieser Gebiete ist wenig mehr zu merken.

Aber nicht nur in die Horizontale, auch in die Vertikale ist der Mensch vorgedrungen. Kaum ein Berg auf der Erde ist noch vorhanden, der nicht schon bestiegen worden wäre, und die Höhen, die noch vor Jahrzehnten den Bergsteigern fast unüberwindliche Schwierigkeiten boten, sind durch Bergbahnen der Allgemeinheit erschlossen worden. Man muß hier unterscheiden zwischen Bergbahnen und Gebirgsbahnen. Bergbahnen führen auf hohe Gipfel und dienen in erster Linie dem Touristenverkehr, während Gebirgsbahnen den Verkehr in den durch Bergketten getrennten Ländern vermitteln. Die höchste dieser zuletzt genannten Bahnen ist die peruianische Centralbahn, die eine Höhe von über 4700 Metern erreicht. Die Transpyrenäenbahn, die Frankreich mit Spanien verbindet, bewältigt ein Steigungverhältnis von 48 Prozent, die Albulabahn im Kanton Graubünden ein solches von 45 Prozent.

Von den Bergbahnen ist die höchste Seilbahnbahn der Welt die vor einem Jahr fertiggestellte Rugsjinsbahn, die in eine Höhe von 2905 Metern führt. Andere bekannte Bergbahnen führen auf den Rigi, auf das Stanserhorn, auf den Pilatus und auf die Jungfrau.

In den nächsten Wochen wird nun der erste Teil einer Bergbahn eröffnet, die im ganzen die dritthöchste Bergbahn der Welt darstellt, durch das Gelände ober, durch das sie führt, als die höchste

Sportbahn der Welt anzusprechen ist. Es ist die Parfennbahn in Davos. Diese Bahn führt in eines der schönsten Stigellände der Schweiz. Ihre höchste Station, die Station Wasserseide, liegt 2661 Meter über dem Meeresspiegel. Die Zugspitze führt zwar noch höher, das Stigellände dagegen ist erst vom 2615 Meter hoch gelegenen Schneesporthotel ab zu benutzen. Im Dezember wird die erste Hälfte der Bahn in Betrieb genommen, die bis zu der 2215 Meter hohen Anseigestation Höhenweg führt, während die zweite Teilstrecke bis zur Station Wasserseide im Dezember 1932 neu eröffnet wird. Die Parfennbahn überwindet eine Höhenunterschied von 1105 Metern bei einer maximalen Steigung von 47,4 Prozent. 12 Kilometer kann der Eisfahrer, wenn er die längste Tour wählt, ununterbrochen abwärts fahren. Das bedeutet einen Höhenunterschied von 2027 Metern. Dabei dauert die Fahrt zur Station Höhenweg nur 10 Minuten und zu der noch nicht fertiggestellten Station Wasserseide ebenfalls 10 Minuten. Das das für den Eisfahrer bedeutet, ist ohne weiteres klar. Nicht nur, daß in diesen Gebieten von Oktober bis April Schnee liegt, — es gibt keine Bahn, die durch eine so herrliche Landschaft führt und die ein derartig ununterbrochenes Eisfahren ermöglicht. Aber auch für den mittelmäßigen Fahrer sind unzählige Gelegenheiten vor den 3 Stationen der Parfennbahn auszufahren zu machen.

Diese Bahn ist auch ein Wunderwerk der Technik. Zwei Tunnels in einer Länge von 180 und 60 Metern mußten gebaut werden, eine 40 Meter lange eiserne Brücke war notwendig und der Bahndamm wurde mit Ausnahme von 200 Metern Schotterbett ganz gemauert. Die Wagen fassen je 72 Personen, sind mit zwei automatischen Rangierbremsen und einer Handbremse versehen und haben natürlich elektrische Beleuchtung. Die Geschwindigkeit beträgt im ersten Bauabschnitt 120 M. in der Sekunde, im zweiten 130 M.

Ernst Gerner.

Wegen Mißhandlung seines Kindes verhaftet. Wegen der in Schöffelen im Saazer Bezirk wohnhaften Arbeiter Kuber wurde, wie uns berichtet wird, von mehreren Personen die Anzeige bei der Gendarmerie deswogen erstattet, weil Kuber sein acht Monate altes Kind fortwährend in brutaler Weise mißhandelt habe. Bei der Untersuchung des Kindes ergab sich, daß sein Körper zahlreiche Merkmale harter Mißhandlung aufwies, weshalb Kuber verhaftet und dem Bezirksgericht eingeliefert wurde.

Brandkatastrophe. „Journal“ meldet aus Tunis, daß bei einem großen Brande, der in Hedsches-el-Bab ausbrach, acht Häuser vernichtet wurden. Fünf Eingeborene verbrannten, eine große Zahl von Personen erlitt schwere Verletzungen.

Einsturz. Das große im Ban befindliche Alpenhotel in Sestrières bei Turin ist infolge der heftigen Schneefälle Mittwoch plötzlich eingestürzt.

Ein Gottesgericht.

Am 14. Juni ist bei Nantes der Dampfer „St. Philibert“ untergegangen; vierhundertfünfzig Arbeiter, Frauen und Kinder sind ertrunken. Nun widmet die katholische Presse den Toten einen Nachruf; voll christlicher Liebe und Barmherzigkeit sagt sie, daß die Leute es nicht besser verdient hätten. Nicht der Sturm und nicht der Ocean, sondern der liebe Gott höchstpersönlich habe die Katastrophe veranstaltet, habe den Dampfer umgeworfen und vierhundertfünfzig Menschen grauhaft getötet. Der katholische „Tiroler Anzeiger“ schreibt: „Der Untergang des Dampfers „Philibert“ — ein Gottesgericht!“, in dem Artikel heißt es wirklich:

Am 14. Juni sollte sich nämlich durch die Straßen von Nantes die Sakramentsprozession bewegen. Die kommunistische Zeitung „Travailleur“ forderte die Eltern von Nantes auf, durch einen Dampferausflug gegen die Prozession zu demonstrieren. Die Veranstalter des Ausfluges waren Freimaurer und Kommunisten, die eine Ueberraschung für die anderen Passagiere bereithielten: Im Schiffstrau wurden nämlich Fahndchen und Inschriften entdeckt, die eine Verhöhnung und Gotteslästerung darstellten. Es sollte auf dem Schiffe eine Sakramentsprozession imitiert werden. Die Fahndchen und Inschriften blieben aber unbenutzt — eine halbe Stunde vor dem Beginn der gotteslästerlichen Szene auf dem Schiffe veranfaß es und von Hunderten wurden nur ionenige Personen gerettet. Eine Familie aus sieben Köpfen, die sich auch gutgläubig an dem Ausflug beteiligen wollte, wurde durch den Widerstand eines sechsjährigen Mädchens, das um keinen Preis an Bord gehen und dafür an der Prozession in Nantes teilnehmen wollte, gerettet. Die Familie kehrt um, wodurch sie der Katastrophe entronnen ist.

Eine ärgere Niedertracht ist kaum noch denkbar; vierhundertfünfzig Menschen gehen qualvoll zugrunde, arbeitende Menschen mit ihren Frauen und Kindern, die sich seit Wochen auf den Dampferausflug gefreut hatten, auf Meer und Luft und Sonne — und die Kommissäre der Nächstenliebe reiben sich schadenstroh die Hände: „Gut hat er das gemacht, unser Herrgott!“ Der Tod schlägt blindlings drein — und die Kerisalen Geneser applaudieren dazu und finden es eines Gottes würdig, vierhundertfünfzig Menschen zu erlösen, weil sie „Kommunisten und Freimaurer“ waren. Gotteslästerungsprozesse sind jetzt wieder modern; gibt es eine perfidere Gotteslästerung als das Bild, das diese Strolche von ihrem Gott entwerfen, das Bild eines rachsüchtigen Antimarristen, der einen Massenmord inszeniert, weil Arbeiter lieber an einem Dampferausflug als an einer Prozession teilnehmen? Es ist die Frömmigkeit des Massenmörders Maruska, die da zum Ausbruch kommt! (A. Z.)

Kleine Chronik

Der versteinerte Wald.

Der amerikanische Yellowstone-Park, der so viele Merkwürdigkeiten umschließt, hat auch einen versteinerten Wald, dessen Bäume aus einer fernen, fernem Vorzeit stammen; man nimmt an daß sie Hunderttausende, ja Millionen von Jahren alt sind, während sie doch so vollkommen erhalten sind, daß man ihnen in dieser Form noch weitere Hunderttausende Bestand zuspricht.

Die Gelehrten haben den Versuch gemacht, die Zeit, als jene Bäume noch nicht versteinert waren, sondern lebende, wachsende, grüne Bäume waren, vor unseren Augen erscheinen zu lassen. Menschen, sagen sie, gab es damals nicht. Mächtige Wälder bedeckten das Land und Tiere von unvorstellbarer Größe und schreckensfühlendem Aussehen erfüllten die Luft mit ihrem Getöse. Vulkanen umgaben den Wald. Eines Tages kam ein Vulkanausbruch, und unermeßliche Mengen Asche und Lava begruben den Wald. Regen fiel auf das Trümmerfeld, und nun setzte der naturgemäße chemische Prozeß ein. Kohl- und Kieselsture sonderten sich aus dem Wasser abdrangen in die Bäume ein und machten so die einst lebenden Stellen ganz allmählich zu hartem Stein. Ueber dem versteinerten Walde aber sproßten im Lauf der Jahrtausende neue Bäume; ein neuer Wald wuchs heran und lebte im Sonnenlicht, andere Riesentiere kämpften, jagten und pflanzten sich fort, bis ein neuer Vulkanausbruch vor sich ging. Nachgewiesenermaßen hat sich dieser Vorgang fünfzehnmal wiederholt, bis die vulkanischen Erdschichten 700 Meter hoch waren und die Hochfläche bildeten, auf der sich der heutige Yellowstone-Park befindet.

Dann erloschen die Vulkane, die Menschen

kamen und nahmen den Boden in Besitz, und nun begannen die Ausgrabungen. Ein versteinertes Wald unter dem anderen wurde aufgedeckt, die Berggabeln schlug die Augen auf. Riesenhäute, die lange vor dem Menschendasein gelebt hatten, kamen zum Vorschein, Holz ragen sie auf wie zu jenen Zeiten, als Dinosaurier und Riesenechsen in ihrem Schatten sich ergingen. Klein wie Iwerge stehen die heutigen Menschen neben den uralten Riesen, die noch heute wie lebendig aussehen. Es ist fast wie ein ungeheures Wachstumsabwärt der Natur, das mit einem Schein von Lebensähnlichkeit etwas Erschreckendes hat.

Manche der versteinerten Bäume haben eine Höhe von zehn Metern. Der größte von ihnen hat einen Stamm von drei Metern Durchmesser, und man sieht ganz deutlich die versteinerte Rinde. Von einem andern versteinerten Riesenbaum ist nur ein eiförmiger Stumpf vorhanden, der aber neun Meter im Umfang mißt.

Die Gelehrten haben die Bäume mit Hilfe des Mikroskops genau studiert und konnten auf diese Weise feststellen, was für Bäume im Lauf der Jahrtausende an dieser Stelle gewachsen sind. Man hat Eichen, Brotfruchtbäume, Birken, Walnuzbäume, Eichen, Ahorne, Feigenbäume und viele andere Baumarten gefunden. Die jetzt in der Gegend und überhaupt in den Vereinigten Staaten nicht mehr wachsen, wie man zum Beispiel in Alaska ja sogar mächtige versteinerte Palmen gefunden hat, seltsame Zeugnisse jener fernem Zeit, als dies Land von Schnee und Eis in der kalten tropischen Wachstums blühte.

Besonders interessante Versteinungen hat man bekanntlich auch auf Spitzbergen gefunden, wo das Vorkommen gewaltiger Hornfels- und Basaltwälder festgestellt ist. In der Urzeit scheint der verbreitetste Baum auf Spitzbergen und damit in

der arktischen Zone der Gingo gewesen zu sein, dieser eigenartige zur Familie der Nadelbäume gehörige Baum, der vollkommen blattlos bleibt, hat, und heute in China und Japan wächst. In Europa finden wir ihn eigentlich nur in Botanischen Gärten. Aus der Tertiarzeit hat man verschiedene Ueberreste von Nadel- und Laubbäumen gefunden, nämlich Pappeln, Eichen, Lindern, Ahorn, Föhrenäpfel und andere. Unter den Nadelbäumen scheinen Sumpfpfeifen und Kiefernäste besonders häufig gewesen zu sein. Die Flora jener Zeit muß der heutigen in den Mittelmeerländern ähnlich gewesen sein.

Die Sozialistische Arbeiterbewegung Brasiliens.

Eingeführt wurde der eigentliche Sozialismus in Brasilien durch die Angestellten der europäischen Schiffahrtsgesellschaften; er sah seinen Grund und Boden unter den Hafenarbeitern, meistens Schwarzen und Portugiesen. Dies waren die ersten, die den Grundstein für den im ganzen Land später verbreiteten Sozialismus legten. Bedeütlich wurde er riesig verfolgt und unterdrückt; angeführt seien einige Beispiele, und zwar: im Jahre 1916 wurden in Rio de Janeiro infolge des Weltkrieges, dessen Druck sich auch auf Brasilien übertrug, Ausperrungen durch Streik bewungen. 1920 im Staate St. Paulo wurde von seiten der eigentlichen Staatsregierung jeder Staat hat seine eigenen Mittel bereit gestellt, wie der moderne Sozialismus vernichtet werden sollte, aber die Arbeiter waren die stärkere Partei und behielten die Oberhand. Im vorigen Jahre, Monat August, brach die Revolution im Staate Rio Grande do Sul aus und verbreitete sich über das ganze Land.

Der Sozialismus, welcher bereits bis 70 Prozent der Bevölkerung im ganzen Lande erfasst hatte, konnte nicht unterdrückt werden und behauptete sich bis heute. Da in Brasilien der größte Teil der Arbeiter Analphabeten sind, muß es um so höher geschätzt werden, daß der Fortschritt so schnell gelang.

Das größte Verdienst gebührt natürlich den europäischen Organisatoren, meistens Deutschen, welche den Samen mit unerschöpflichen Mühen ausstüßten; die Ernte ist, wie jetzt zu sehen, reichlich. Ist doch der brasilianische Sozialismus eine der stärksten Parteien der Welt. In Brasilien existiert nur „Links, Rechts und Mitte“. Kulturelle Arbeitsleistung während der Zeit des Bestehens des Sozialismus: Die erste Aufgabe war es, die Jugend heranzubilden; man schuf Bildungsinstitute, in denen der Gedanke der Solidarität der Jugend eingepögt wurde und so kam es, daß alle Hand in Hand arbeiteten, um dann einen festen Block zu bilden. So war es unmöglich, in diesen Bergen das Gift der Spaltung anzukünnen. Geschaffen wurden auch Krankenhäuser, Sportplätze, Ruderclubs und alle nach europäischem Muster aufgebauten sozialen Errungenschaften. Der größte Zugang zur Partei erfolgte in der Zeit des Streikes 1915/16, wo die Sozial-Partei wirklich großes leistete. Die Arbeiter wurden nicht nur materiell unterstützt, sondern es wurde ihnen auch die Möglichkeit geboten, sich kulturell emporzuarbeiten; der Erfolg blieb nicht aus. Die erbittertesten Feinde, welche vom Kapital bezahlt wurden, kamen schließlich freudigen Herzens und wollten Mitglieder der Partei werden. Ein Beispiel von den vielen will ich anführen.

Auf einer kleinen Kaffeeplantage waren etwa 150 Arbeiter beschäftigt, von denen 80 Sozialisten waren. Der Vorarbeiter und Inspektor gehörten der Rechtspartei an und wurden von der Unternehmung zur Propaganda riesig unterstützt, aber es half nichts, täglich wuchs der Zugang zur sozialistischen Partei, bis der Inspektor allein übrig blieb, dessen Worte waren: „Ich gehe nicht zum Sozialismus, wenn ich allein im Lande bleibe“; aber er hatte zuvor versprochen. Schon nach wenigen Wochen kam er mit der Witte, ihn in die Partei aufzunehmen und heute ist er nicht nur ein überzeugter Sozialist, sondern auch der beste Arbeiter der ganzen Gasse.

Proletarisches Konzert in Kuffig.

Uraufführung der „Freien Erde“ in der Tschokolowalei.

Die besonderen Verdienste des sozialdemokratischen Kuffig als einer Stätte hochwertiger proletarischer Bildungsbildung, nicht zuletzt auf musikalischem Gebiete, sind am Mittwoch durch eine neue Tat des Bezirksbildungsanschlusses dort vermehrt worden: ein vollständiges Konzert im Volkshaus brachte zum ersten Male in der Tschokolowalei eine Aufführung der revolutionären Kantate „Freie Erde“, als zweites Hauptwerk in durchaus ständiger und sinnvoller Wahl die Stücke „Symphonie von Tschailowski“ und als Uraufführung den Ertrag eines jungen proletarischen Komponisten. Ein vorzügliches Arbeiter-Konzert-Programm, ausgezeichnet durchgeführt; ein Konzert aber auch, das nicht nur der werdenben nennen und der großen alten Kunst gerecht wurde, nicht nur anderem Publikum gab, was anderes Publikum ist, nicht nur jungem Publikum Raum schaffte, sondern ein Konzert auch, das zugleich vom Geiste doppelter proletarischer Solidarität getragen war: das Reinertrags nicht der Arbeitswissenschaft zu und Antike Mitwirkenden, nämlich auch die Berufs-Musiker und -Sänger hatten ihre Kräfte unentgeltlich in den Dienst dieser Sache gestellt. Hat ab vor Kuffig!

Die musikalische Leitung lag in den Händen des vielbewährten Führers der Kuffiger Volkssingergesellschaft, Prof. Leo Franz, der sich mit seinem Chor vor allem durch die erstmalige Tschokolowalei Reproduktion der „Freien Erde“ besonders verdient gemacht hat. Dieses Werk, eine

Kantate über russische revolutionäre Volkslieder, ist durch die Anordnung der einzelnen Stücke und durch den verbindenden Text Max Partzels eine Schilderung der beiden des russischen Volkes unter dem Jarentum, eines Kampfes, seiner Revolution und des Sieges. In ein einheitliches musikalisches Gewand gefaßt und für gemischten Chor, großes Orchester und Soli durchkomponiert, ist diese neue weltliche Kantate von Viktor Korda. Rühmenswert an dieser Komposition ist vor allem ihre Einbeziehung in die Zustände und Bewegungen, die in den Volksgesängen und Revolutionsliedern gefaßt und gefaßt werden, ist das überzeugende Festhalten an den beiden Grundstimmungen von Leid und Kampf und schließlich die wuchtige, stellenweise aufpeitschende und aufwühlende rhythmische Gradation. In der Erfindung hat sich der Komponist viel Mühe gegeben; das Thematische ist fast durchwegs auf den in den einzelnen Liedern gegebenen Motiven aufgebaut. Wo das Orchester — so in der Einleitung — selbständig hervortritt, erhebt es in kräftigen dramatischen Farben und gar nie spielt es die Rolle des einfachen Begleiters, hat immer seine eigene wichtige Aufgabe im Ganzen, schildert, übermalt und untermalt und an einzelnen Punkten erhebt und vertieft es die Wirkung der gesungenen Worte durch sehr treffende Charakterisierung. Richtbestimmender soll nicht verhehlt werden, daß diese Musik zum großen Teile effektiv und daß sie ohne Richard Wagner und Richard Strauss nicht zu denken ist, daß bedeutende Zeilfämanungen vernehmlich werden und daß, rein musikalisch gesehen, neue, revolutionäre Wege in diesem Weg nur wenig angebahnt erscheinen. Das Revolutionäre liegt vor allem in der Handlung und Text der Kantate, in dem Bewingenden der menschlichen Stimmen im Rhythmus. Dennoch hoch beachtlich doch auch das Kompositori-

sche in seiner Gesamtheit, in seinen Steigerungen, in seinen lyrischen Glanz- und heroischen Höhepunkten; bedeutendste Verformung beider in dem von Innigster Zartheit zu starker Kraft anwachsenden Teil „Kotgardistenmarsch“. Hier erreichte auch die insgesamt prächtige Wiedergabe durch den begeisterten Dirigenten, durch das vortrefflich spielende tschailische Theaterorchester und durch den lebendvoll hingebenden Chor das bedeutendste Maß. (Wenn ich auf die an einigen Stellen besonders hervortretende Stimmführung der Tenöre und auf die Feinheit der Sopranstimmen zumal im „Kotgardistenmarsch“ besonders hinweise, so soll damit das Verdienst der anderen Gruppen keineswegs geschmälert werden.) So wie auch die hervorragende Leistung Prof. Franz nicht als angetastet erscheinen soll, wenn ich streckenweise Abkämpfung des Orchesters, insbesondere im Schluschor — aus Russorgistischer „Goris Goubounow“ — als förderlicher für Chor, Soli und Sprecher und lohn für die Gesamtwirkung erachtet hätte. Die Partitionsfoli sang mit großer, sympathischer und ausdrucksvoller Stimme Herr Roberto Falgari, die kleineren Rollen Frau Margit Herles-Falgari, beide vom Kuffiger Stadttheater. Er sah für den Sprecherchor, den die Deklamation der verbindenden Texte vollzog und auf den die Veranstalter selber sicherlich ungern genug verzichteten, hat Genosse Felix Stontson als Einzelsprecher. Es gelang ihm ganz ausgezeichnet, nicht nur die lauernden Tonwogen mit gelinder Stimme zu überwinden, sondern in seine Regitation auch Empfindungs Ausdruck und Ausdruck des innerlich mitgehenden Dichters zu legen.

Die Überleitung folgte der Aufführung mit fühlbar starker Anteilnahme, egriffen und begeistert und beidese zum Schluß enthusiastischen Beifall. Der zweite Teil des Konzertes wurde mit der

Uraufführung einer „Overture für großes Orchester“ von Ernst Hirsch eingeleitet, eines proletarischen Sohnes der Stadt Kuffig, dem so das Glück zuteil wurde, sein Erstlingswerk reproduziert zu hören, während er noch Schüler der Prager Kompositionsmeyerklasse ist. Das keine Wert verrät Erfindung, Kraft und Können und läßt hoffen, daß dieser unser Landsmann bald noch einiges mehr aus Sturm und Drang erleben werde. Im Aufbau erscheint mir dieses „Overture“ genannte Orchesterstück richtiger als ein symphonischer Satz, der, sehr vorichtig nach Remem tönend, in der Hauptphase doch klassisch und klassisch-romantische Bahnen wandelt. Kapellmeister Franz und das bravourds spielende Orchester widmeten sich dieser Uraufführung mit ganzer Kraft und sie alle haben vollen Anteil an dem großen Beifall, für den sich der junge Komponist bedanken durfte.

Den Beschluß des Abends bildete Tschailowskys Symphonie in E-moll, die sehr wohl als Symphonie auf die Arbeit aufgesetzt wird und die in diesem Konzert doppelt stilistische und logische Berechtigung hatte, da so der Hauptgedanke, der alle Töne der Symphonie durchzieht, und der dann im Finale in nicht endenwollenden, immer noch und immer wieder überhöhtem Sturm daherbraust, gewissermaßen ein Zwillingbruder des musikalischen Hauptthemas im „Kotgardistenmarsch“ ist. Kapellmeister Franz verband die großen Affekte dieser immer wieder hinterehenden Symphonie in mächtige Effekte und war schließlich samt seinem alles aus sich schöpfenden Orchester redens lange und stürmisch bedankt.

Ich fasse meinen Eindruck und mein Urteil zusammen: ein schöner, reicher und wohl für alle mitwirkenden und zuhörenden Teilnehmer unvergesslicher Abend. E. Goldschmidt.

